



**Editorial**

Liebe Xhainer\*innen,

wir sehen uns! Wir gehen auf Euch zu, wir wollen mit Euch sprechen und Euch von unseren Ideen überzeugen. Denn es geht um sehr viel bei der Wahl im September. Das Klima macht nicht mehr mit. Was bisher Berechnungen und Prognosen waren, ist harte Wirklichkeit geworden. Aber es gibt Antworten. Für den Bund, für das Land Berlin und für unseren Bezirk. Und die findet Ihr auf den folgenden Seiten. Die Kandidierenden für alle drei Parlamente stellen sich vor und entwickeln ihre ganz persönlichen Ziele und Visionen. Wir kämpfen um jede Stimme, wir kämpfen für 5 x Grün. Denn falsche Kopien taugen nichts.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und freuen uns auf das Gespräch. In diesem Sinne: Wir sehen uns!

Eure Redaktion



Canan Bayram und Clara Herrmann

Foto: Kilian Vitt

**Inhalt**

Afghanistan	Seite 2
Corona-Hilfen	2
#Mietenwahl	3
Familienpolitik	4
Digitale Bildung	4
Natur- und Umweltpolitik	5
Klimaschutz	5
Öffentlicher Raum	6
Verkehrswende	6
Innenpolitik	7
Migrationspolitik	7
Stadtentwicklung	8
Lokalbau	8
Draußen für ALLE	9
CO <sub>2</sub> -Reduktionsuhr	9
Mobilitätswende	9
Kolumne	9
Jugendhilfe	10
Wohnungslosigkeit	10
Xhain solidarisch	10
Wo ist unser Denkmal?	11
Silvio-Meier-Preis 2021	11
Impressum	11
Audre Lorde	12
Rigaer Straße	12
Spielstraßen	13
Spätis	13
Sportpolitik	13
Service	13
Sozial-ökologische Transformation	14
Öffentliche Gesundheit	14
Bezirkswende	14
Schulreinigung	14
Stadt der Freiheit	15
Vision	15
Bilanz	16
Kommentar	16

**Xhain war schon immer ein besonderer Bezirk. Mit Canan Bayram, die ihr Direktmandat im Bundestag erneut gewinnen will, und Stadträtin Clara Herrmann, die antritt, um Bürgermeister\*in des Bezirks zu werden, stehen zwei erfahrene grüne Frauen bereit, die Probleme anzupacken und Lösungen zu finden. Der Stachel sprach mit ihnen über politische Ziele und gemeinsame Strategien auf den unterschiedlichen politischen Ebenen.**

**Stachel:** Im Bund werden die grundsätzlichen Weichen gestellt, im Bezirk wird Politik sichtbar. Angesichts der verbundenen Wahl im September: Wo stehen wir?

**Canan Bayram:** Das Thema Nummer 1 ist der Klimaschutz. Aufgabe wird sein, einen sozialen und ökologischen Wandel selbst zu organisieren und in die Hand zu nehmen statt sich den Entwicklungen auszuliefern. Die Schäden, die jetzt entstehen durch verpasste Chancen bei der Gestaltung der Veränderung, werden irreparabel sein.

**Clara Herrmann:** In diesem Sinne sehe ich diese Wahl als Schicksalswahl. Kriegen wir es hin, den Klimawandel noch zu stoppen? Wir müssen massiv handeln – und zwar jetzt und nicht in 10 oder 15 Jahren. Die Zeichen sind überall sichtbar. Ob es die Hitze in Kanada ist, die Hungersnot in Madagaskar, Tornados in Tschechien oder Unwetter und Hochwasser in Deutschland: Die Auswirkungen des Klimawandels werden vor Ort spürbar, auch bei uns im Bezirk. Bei Starkregen kommt es zu Überläufen der Mischwasserkanalisation in den Landwehrkanal und die Spree und die Fische sterben. Unsere Bäume leiden unter Dürreperioden. Das bewegt die Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg. Wir wollen den Bezirk noch klimafreundlicher machen: Flächen wieder entsiegeln für Parks statt Parkplätze, grüne Fassaden und Solar auf so viele Dächer wie möglich.

**Wie kommen wir dabei stärker in die Aktion, wie können wir das beschleunigen?**

**Clara:** Wir zeigen das bereits bei den Pop-up-Radwegen, wir sind dabei, über die Kiezblocks den Durchgangsverkehr aus den Straßen zu bekommen und damit den öffent-

lichen Raum schrittweise umzubauen. Entscheidend für die nächsten Jahre wird die Frage: Wem gehört der öffentliche Raum? Da verbindet sich alles: Ökologie, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit. Dafür brauchen wir den gesetzlichen Rahmen. Beispielsweise eine andere Straßenverkehrsordnung, die in ihrer heutigen Form vollkommen rückständig ist und die Tempo-30-Zonen verhindert. Dafür brauchen wir den Bund.

**Canan:** Viele junge Leute denken bereits jetzt durch smarte Modelle und digitale Lösungen das Thema Mobilität ganz neu. Es geht nicht um das Verkehrsmittel oder gar dessen Besitz, sondern allein um die Frage: Wie komme ich von A nach B? Für solche Konzepte gibt es bei uns in Xhain eine hohe Bereitschaft, da brauchen wir kaum zusätzliche Anreize. Aber das ist nicht überall der Fall und wir müssen berücksichtigen, dass sich die Situation im ländlichen Raum anders darstellt als in der urbanen Umgebung. Da kann der Bund Impulse setzen. Dazu gibt es als Anreiz die Idee eines Projekts, bei dem diejenigen, die auf das Auto verzichten, eine Prämie von 1.100 Euro erhalten. Das wäre billiger als die Abwrackprämie (lacht). Vor allem aber müssen Hürden abgebaut werden. Und eine solche Hürde ist tatsächlich die StVO. Sie macht eine menschengerechte Stadt unmöglich, weil dem Auto oberste Priorität eingeräumt wird. Das müssen wir ändern.

**Ein anderes Kernthema hier ist die Verdrängung. Der Kampf um bezahlbare Mieten, auch für das Gewerbe.**

**Canan:** Da gibt es sogar eine Verbindung – wenn wir das provokativ angehen: Sollen wir Autobahnen zurückbauen und dort Wohnungen bauen ...

**Clara:** ...und Parks ...?

**Canan:** Und unsere Frage geht noch weiter: Wer es für legitim erachtet, Grundstücke zu enteignen, um die Bedürfnisse der Autofahrer\*innen zu befriedigen, der muss sich auch fragen lassen, warum das Instrument der Vergesellschaftung nicht ebenso angewandt werden kann, um Menschen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Ein Auto zu benutzen ist die freie Entscheidung der Einzelnen. Wohnen ist das nicht. Wir alle brauchen eine Wohnung. Und damit liegt die Priorität eindeutig nicht bei der Autobahn.

**Da wird Bundespolitik – leider – extrem sichtbar auch bei uns im Bezirk. Stichwort A100.**

**Clara:** Der Irrsinn des Ausbaus der A100 und sogar noch Weiterbaus – der teuersten Autobahn überhaupt – ist Betonpolitik aus dem letzten Jahrhundert. Ich sage: Die darf gar nicht erst eröffnet werden. Die brauchen wir nicht. Überall auf der Welt macht man sich Gedanken, wie Straßen rückgebaut werden können, und wir setzen mitten in die Stadt eine fette Autobahn, für die wir sogar noch Wohnungen vernichtet haben. Das ist Wahnsinn. Aber auch dafür brauchen wir den Bund. Damit diese Autobahn nicht als Autobahn eröffnet wird und damit die Milliarden, die für den Weiterbau vorgesehen sind, zur Verfügung gestellt werden für sozialen Wohnungsbau oder für die Verkehrswende in den Kiezen.

**Und damit zurück zum Wohnen, zu den Mieten und zum Gewerbe.**

**Canan:** ... und zur Frage der Vergesellschaftung. Als ich vor 4 Jahren in den Bundestag gekommen bin, habe ich gesagt, wir müssen alles dafür

tun, die Mieter\*innen zu schützen. Und wenn die CDU sich weigert, die Mieter\*innenrechte zu stärken, dann werden wir nicht darum herum kommen, zu enteignen. Damals haben alle gesagt: „Die spinnt.“ Und jetzt, 4 Jahre später, ist es genau so gekommen, die CDU hat nichts getan und sich großzügig aus der Immobilienwirtschaft unterstützen lassen – die AfD übrigens auch. Und die Initiative „Deutsche Wohnen Enteignen“, die ich von Beginn an unterstützt habe, hat über 300.000 Stimmen gesammelt und überall macht man sich Gedanken, wie man eine Notbremse gegen Verdrängung und steigende Mieten auf den Weg bringt. Manchmal sind wir hier in Friedrichshain-Kreuzberg so eine Art Seismograph.

**Clara:** Wir machen bei uns im Bezirk sehr deutlich, was mit den Mitteln der Kommunalpolitik möglich ist. Wir haben Instrumente wie das Vorkaufsrecht oder den Milieuschutz. Damit können wir Mietsteigerungen oder Luxussanierungen erfolgreich unterbinden. Unser Ziel ist – da sind wir uns einig – 50 % Gemeinwohlorientierung am Wohnungsmarkt. Beim Gewerbemietrecht fehlen uns diese Instrumente. Auch beim Mieter\*innenschutz geht noch mehr. Da ist der derzeitige zuständige Minister im Bund, Horst Seehofer, eine totale Katastrophe. Der Berliner Mietendeckel ist bekanntlich daran gescheitert, weil gesagt wurde, hier sei der Bund zuständig. Also ist jetzt auch hier der Bund gefragt. Zwei Kernfragen stehen damit bei dieser Wahl zur Wahl: Die Klimakrise und die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

**Am Gewerbemietrecht seid ihr im Bund aber schon dran, richtig?**

Fortsetzung auf Seite 2

# Es geht um unsere Zukunft

Fortsetzung des Interviews mit Canan Bayram und Clara Herrmann von Seite 1

**Canan:** Zum ersten Mal in der Geschichte des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben wir ein Gesetz zum Gewerbetreibendenschutz geschrieben, das liegt bereit. Wir haben sehr viel positive Rückmeldung der Sachverständigen und selbst aus der Immobilienbranche erhalten, die anerkennen, dass dieser Bereich dringend einer Regulierung bedarf. Es geht um den Schutz von Kleingewerbe und kulturellen und sozialen Einrichtungen wie z. B. Kitas. Das ist eine rein Grüne Initiative. Außerdem wollen wir den Ländern Möglichkeiten an die Hand geben, bei Bedarf die Miethöhen zu begrenzen. Nicht nur bei Neuvermietung, sondern auch im Bestand. Damit Schluss ist mit der Angst vor Verdrängung. Ein weiterer Knackpunkt ist die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Auch hier verfolgt die Union bisher eindeutig die Interessen der Besitzenden.

*Wer wären denn potentielle Partner für grüne Ideen, grüne Ziele?*

**Canan:** Unser Verständnis der Welt und von Realitäten, wie wir es in Friedrichshain-Kreuzberg leben, finden wir auf Bundesebene bei anderen nicht wieder. Mich erschreckt, wie sehr die Abgeordneten die Realität der Menschen ignorieren. Sie sehen die Lobby-Interessen. Aber wenn wir die Lebensrealität der Menschen nicht sehen, ist es kaum möglich, gute, gerechte Gesetze zu machen. Bei der Frage der Mieten haben wir ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Kraft der Vermieter\*innen und der Mieter\*innen. Wir brauchen eine Allianz derjenigen, die Mietrecht sozial denken. Das ist für mich beispielsweise mit der FDP nicht vorstellbar. Nur zu regieren reicht da nicht. Daher setze ich mich dafür ein und werde dafür kämpfen, dass wir eine grün-rot-rote Regierung auf Bundesebene bekommen.

**Clara:** Auf Bezirksebene gibt es keine klassischen Koalitionen. Auf allen Ebenen kämpfen wir erst einmal für starke Grüne. Und für unsere In-



Clara Herrmann und Canan Bayram im Stachel-Gespräch mit Henry Arnold

Foto: Kilian Vitt

halte. Und wenn ich da beispielsweise auf Landesebene Franziska Giffey höre, die Spitzen-Kandidatin der SPD: Das klingt schon sehr autofreundlich. Unsere Grüne Verkehrspolitik folgt der „Vision Zero“ – also keine Verkehrstoten durch sichere Infrastruktur für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen. Da geht es nicht um „Bullerbü“, wie Franziska Giffey es geäußert hat, da geht es um Leben und Tod.

*Die Verschränkungen sind deutlich, wie seht ihr die Zusammenarbeit in der nächsten Legislaturperiode, in jeweils erweiterter Verantwortung?*

**Canan:** Eine spannende Frage für mich ist, wie wir hier im Bezirk ein anderes Wirtschaften erreichen. Können wir ein Modellbezirk sein, der jungen Leuten, die nachhaltig investieren wollen, neue Perspektiven bietet und zugleich vor schädlichen Finanzmärkten schützt? Vor Geldwäsche, vor

billigem, schlechten Geld – eine der Hauptursachen für die destruktive Kraft auf dem Wohnungsmarkt. Das spült alles weg, was es sonst an Werten gibt. Da müssen wir nicht nur auf Bundesebene ran, und da steckt mit Dir und Deinen Erfahrungen als Finanzfachfrau und Kompetenzen für den Bezirk ein hohes Potential.

**Clara:** Ein Großteil dessen, was die öffentliche Hand beschafft, das beschaffen die Kommunen vor Ort. Daher haben wir ein Lieferkettengesetz gefordert, da wir nicht wollen, dass mit unserem Geld Kinder- oder Sklavenarbeit oder ökologische Schweinereien finanziert werden. Da ist es sehr wichtig, auf Bundesebene Canan als erfahrene Juristin an der Seite zu haben. Ein anderes Beispiel ist das Thema Cannabis-Legalisierung. Neben allem, was wir schon angesprochen haben. Ganz wichtig auch die Frage der offenen Gesellschaft. Auch Müllvermeidung, Verbot von

Einweg-Produkten – all dies gehört zu dem, wobei der Bund die Rahmenbedingungen schaffen muss, umgesetzt wird es dann bei uns vor Ort.

*Zum anderen Wirtschaften gehört auch die Kreislaufwirtschaft?*

**Canan:** Es gibt bei uns die Initiative „cradle to cradle“, die ich von Anfang an unterstütze. Ziel ist, schon bei der Herstellung keinen Müll zu produzieren. Und wenn etwas nicht mehr benutzt wird, ist es nicht Abfall, sondern Ressource, die wiederverwendet werden kann. Da müssen wir grundsätzlich hin.

**Clara:** So schnell wie möglich! Ich habe für den Bezirk als Stadträtin eine Studie für ein Zero-Waste-Konzept erstellen lassen, von der wir bereits Maßnahmen umsetzen: Von Trinkwasserbrunnen gegen die Plastikflaschenflut bis hin zu speziellen Müll-eimern für Kippen und Kronkorken.

Und Sperrmüll kann mensch jetzt an Aktionstagen direkt im Kiez abgeben.

*Viele Initiativen gibt es bereits, vieles ist auch in der Umsetzung: Wie schaffen wir es, die Erfolge noch deutlicher in den Köpfen, im Bewusstsein zu verankern? Vielleicht auch den Schrecken vor der Veränderung zu nehmen und klar zu machen, dass der Umbau nicht nur der einzig mögliche Weg, sondern am Ende ein Gewinn für alle ist?*

**Clara:** Mir ist es wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, vor Ort zu sein und zuzuhören. Und dann die Dinge umzusetzen. Friedrichshain-Kreuzberg ist für viele ein Sehnsuchtsort. Das liegt an den Menschen, die hier leben, an unserer rebellischen links-alternativen Geschichte. Das gilt für beide Stadtteile.

**Canan:** Für mich ist wichtig, dass wir ein Mitmach-Bezirk sind. Es leben hier viele, die kein Wahlrecht haben, daher denken wir Beteiligung immer wieder neu. Wir sind stolz auf jede Initiative, die in unserem Bezirk entsteht. Das ist wie Frischluft für die Demokratie. Auch die Kiezblocks, die den Durchgangsverkehr aus den Straßen heraus halten, sind so entstanden.

**Clara:** Da halten wir auch Gegenwind aus. Oft werden die Ansätze, die wir ausprobieren, zunächst mal belächelt oder angegriffen. Und nicht selten wird es dann anderswo übernommen. Siehe die Parkläufer im Görl oder die Pop-Up-Bike-Lanes.

**Canan:** Und die Kraft aus den Initiativen erweist sich als stärker. So ist es immer ein Miteinander. Wir sind so gut, wie wir die Menschen im Bezirk repräsentieren – sei es als Bürgermeisterin oder im Bundestag. Und für ihre Interessen kämpfen. Dafür sind wir auch bereit, angegriffen zu werden. Das ist für mich Grüne Sichtbarkeit.

**Clara:** Dafür stehen wir und dafür treten wir beide an.

■ Das Gespräch führte Henry Arnold

## Ende eines Kriegseinsatzes

Seit 20 Jahren wird in Afghanistan schon Krieg geführt. 2001 wurden US- und NATO-Truppen auch der Bundeswehr für den von George W. Bush erklärten „War on Terror“ nach Afghanistan geschickt, um die Verantwortlichen für die Anschläge in New York und Washington, Bin Laden und Al Kaida, zu jagen. Die waren nach einem halben Jahr getötet oder geflohen.

Inzwischen war der Einsatz ausgeweitet worden und die Interventions-truppen hatten verbündet mit Milizen afghanischer Warlords die regierenden Taliban aus der Regierung und weiten Teilen des Landes vertrieben. Der Krieg wurde fortgesetzt, um „unsere Freiheit am Hindukusch zu verteidigen“, wie der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck den weiteren Einsatz der Bundeswehr zu rechtfertigen versuchte.

Inzwischen dauert der Krieg gegen die Taliban 20 Jahre. Länger als beide Weltkriege zusammen. Die jüngsten NATO-Soldat\*innen, die am Einsatz beteiligt sind, waren noch nicht geboren, als der Krieg begann. Der Krieg hat hunderttausenden Menschen das Leben gekostet – ganz überwiegend Zivilisten. Jahr für Jahr hat die Bundestagsmehrheit der Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr zugestimmt. Dies, obwohl jedes Jahr weitere tausende Menschen durch den Krieg starben und die Sicherheitslage immer schlechter wurde. In der Grünen Fraktion gab es in den letzten Jahren keine Mehrheit für die Einsatzverlängerung.

Und jetzt werden die Truppen genauso planlos abgezogen. Die Einführung einer demokratischen Gesellschaft ist gescheitert. Und die Regierung, in der die Warlords stets eine große Rolle spielten, ist korrupt.

Regierungsmitglieder flogen am Flughafen mit Koffern voller Dollars auf. Afghanistan gilt als eines der gefährlichsten Länder der Welt.

Wir konnten uns beide als Bundestagsabgeordnete ein Bild von der Lage vor Ort machen. Wir haben im Parlament stets gegen den Einsatz abgestimmt. In vielen von uns vor Ort geführten Gesprächen wurde klar, dass der Kriegseinsatz zu keiner Lösung führt. Bundeswehrsoldat\*innen vor Ort konnten nicht „die Köpfe und Herzen der Menschen gewinnen“, wie immer wieder proklamiert wurde. Außer zu den Einsätzen dürfen sie nur ganz selten die militärischen Stützpunkte verlassen, und selbst dann nur in gepanzerten Fahrzeugen.

Schon jahrelang war absehbar, dass der Krieg nicht gewonnen werden kann. Trotzdem planten die Miim Parlamentarier\*innen Einsätze für weitere Jahre.

Es ist an der Zeit aufzuarbeiten, warum der Kriegseinsatz von Anfang an falsch war. Sonst droht die Wiederholung wie etwa derzeit in Mali, wo erst kürzlich zwölf deutsche Soldat\*innen verletzt worden sind. Auch hier ist unklar, was eigentlich mit der militärischen Intervention erreicht werden soll und kann.

Auch in Afghanistan hätte es andere Wege zur Lösung der Probleme gegeben als Krieg. In Verhandlungen

mit Stammesführern und auch mit den Taliban hätte versucht werden müssen, Auslieferungen oder Ausweisungen der Al Kaida-Leute zu erreichen.

Spätestens nach einem Jahrzehnt war klar, dass der Einsatz gescheitert und der Krieg verloren ist. Die Bundesregierung hätte alles für Verhandlungen zu einem Waffenstillstand tun müssen. Es gab schon lokale und regionale Vereinbarungen mit den Taliban zu einem Waffenstillstand, die auszubauen gewesen wären.

Die Bundesregierung hätte deeskalierende Gespräche mit allen Konfliktparteien direkt vor Ort führen sollen, so wie sie in der Vergangenheit in Einzelfällen von der Bundeswehr schon erfolgreich geführt wurden.

Deutschland sollte sich lieber als Makler profilieren und Verhandlungstische schicken, statt Soldat\*innen und Waffen.

Auch jetzt sollten wir versuchen, die Situation der Zivilgesellschaft zu verbessern, indem wir großzügige materielle Hilfen anbieten, die aber in Gesprächen mit den Taliban an die Achtung von Menschenrechten und insbesondere von Rechten und den Schutz von Frauen geknüpft werden.

■ Canan Bayram, Mitglied des Bundestages, und Hans-Christian Ströbele



Canan Bayram, Mitglied des Deutschen Bundestages, durch Erststimmen direkt gewählte Abgeordnete für Friedrichshain Kreuzberg & Prenzlauer Berg-Ost. Dort setzt sie sich ein für bezahlbare Mieten, für Bürger\*innenrechte und Antidiskriminierung sowie für Frieden und Klimaschutz in der Welt.

Foto: Anna Fiolka

# Wir setzen die wohnungspolitische Wende weiter um – #Mietenwahl



**Kreuzberg bleibt nur besonders, solidarisch und vielfältig, wenn auch Haushalte, die einkommensschwach oder arm sind, hier leben und wohnen können. Und auch die sogenannte Mittelschicht ist immer stärker betroffen oder findet keinen angemessenen Wohnraum mehr.**

Umso zentraler ist es, dass wir die wohnungspolitische Wende, die wir 2016 mit der rot-rot-grünen Regierung eingeläutet haben, auch über 2021 hinaus konsequent umsetzen können. Denn es bleibt noch viel zu tun. Unser Ziel sind mindestens 50 % der Mietwohnungen in gemeinwohlorientierter Hand, um die Wohnraumversorgung für breite Schichten zu gewährleisten, Spekulation mit Immobilien zu verhindern und eine mietpreissenkende Wirkung für alle Berliner\*innen zu erreichen. Dafür gilt es alle zur Verfügung stehenden Instrumente anzuwenden.

## Bündnis mit den Genossenschaften

Zusammen mit den Mieter\*innen setze ich mich Haus für Haus für den An- bzw. Rückkauf von Wohnungsbeständen durch die öffentliche Hand ein, wie z. B. rund um den Mehringplatz oder im Bergmannkiez. So haben wir es geschafft, Berlinweit über 21.000 Haushalte abzusichern.

Jetzt gilt es, das kommunale Vorkaufsrecht durch die Bezirke weiter auszubauen und eine Art Ankaufagentur dafür zu gründen, in starker Zusammenarbeit mit den Genossenschaften. Ein verbindliches Bündnis auf Augenhöhe für den Bestand und Neubau, worin eine ausreichende Förderung und sogar Bürgschaften gewährt werden, ist unabdingbar gerade für die jungen, kleinen Genossenschaften. Auch beim Neubau haben Genossenschaften viel Potential, das bisher nicht genutzt wird. Ich will, dass wir bei landeseigenen Grundstücken faire, schnelle Konzeptvergaben und einen sozialen Erbbaurechtszins garantieren und somit dafür sorgen, dass endlich dauerhaft günstiger Neubau entstehen kann.

## Rekommunalisierungen vorantreiben

Den Ausverkauf von öffentlichen Grundstücken haben wir zwar gestoppt und kaufen endlich auch wieder neue an. Aber auch hier brauchen wir eine transparente und verlässliche Bodenpolitik durch einen gesetzlich verbindlichen Rahmen - der Senat hat hier zu oft auf die Bremse gedrückt. Auch die Neubauförderung an sich muss deutlich ausgebaut und zum Beispiel für das Mietshäusersyndikat und auch Mischnutzungen geöffnet werden. Soziale Ziele sollen bei Neubauten stärker verankert werden: nicht nur 30 % kostengünstiger Wohnraum bei privaten und 50 % bei öffentlichen Bauvorhaben, wir wollen die Quoten bedarfs- und quartiersgerecht erhöhen, um den Mangel an sozialen Wohnraum endlich abzubauen. Wir haben zwar über 100 neue Stellen im Stadtentwicklungsbereich der Bezirke geschaffen. Das reicht aber immer noch nicht aus, um Planungen zu beschleunigen.

## Starke landeseigene Wohnungsunternehmen

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen wir dabei

unterstützen, eine soziale Wohnraumversorgung für breite Schichten zu gewährleisten. Sie sind durch Ankauf und Neubau stark gefordert und brauchen mehr Unterstützung und Ressourcen. Auch, um endlich Synergieeffekte bei neuen und ökologischen Bauformen oder der energetischen Sanierung zu nutzen. Und sie müssen konsequent sozial-wirtschaftlich ausgerichtet sein. Mieter\*innenräte wie -beiräte aber auch selbstverwaltete Häuser brauchen hierfür mehr Kompetenzen und Mitspracherechte.

Aber auch die parlamentarische Kontrolle muss ausgebaut werden. Den Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ unterstütze ich. Denn mit einem „Ja“ können wir starken Druck aufbauen, um schneller mindestens 50 Prozent des Wohnungsmarktes dauerhaft bezahlbar auszurichten und am besten in kommunale und genossenschaftliche Hand zu bringen. Aber auch andere kleinere Vermieter\*innen sind willkommen, wenn sie faire Bestandshalter\*innen sind. Hier brauchen gerade ältere Eigentümer\*innen mehr Unterstützung durch Beratung und Begleitung bei der energetischen Sanierung oder wenn sie ihre Häuser verkaufen wollen, damit diese eben nicht an Immobilienfonds oder anonyme Briefkastenfirmen gehen.

## Wohnraumschutz konsequent umsetzen

Durch fast 30 neue Milieuschutzgebiete und strengere Gesetze gegen illegale Ferienwohnungen und spekulativen Leerstand haben wir den Mieter\*innenschutz in Berlin deutlich ausgebaut. Doch die besten Gesetze wirken nicht, wenn sie nicht umgesetzt und kontrolliert werden. Deshalb brauchen wir die Stärkung der Wohnungs- und Bauaufsicht. Hier gibt es nicht nur zu wenig Personal, sondern auch schlechte Verwaltungsvorschriften durch die Stadtentwicklungsverwaltung. Damit leerstehende Wohnungen schnell wieder zum Wohnen genutzt werden, müssen Treuhänder\*innen eingesetzt werden, die die Vermietung übernehmen. Auch Abrissgenehmigungen für bestehenden Wohnraum müssen zur Ausnahme werden.

Über 6000 Ferienwohnungen wurden seit der Einführung des Zweckentfremdungsverbots wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt. Aber noch immer gibt es zu viel Missbrauch vor allem durch Zweitwohnungen oder möblierte Kurzzeitvermietungen. Hier müssen wir dringend im Herbst nacharbeiten und gesetzliche Schlupflöcher schließen, denn leider war das mit der SPD jetzt vor der Wahl nicht mehr möglich. Mit einem Miet- und Wohnungskataster will ich alle Informationen zu Miethöhen, der Vermietung und Ausstattungen der Wohnungen erfassen, um Missstände effektiver kontrollieren zu können. Wichtig ist auch, dass endlich die Eigentümer\*innenstrukturen in unseren Kiezen transparent werden und das Umgehen von Steuern durch große Konzerne und Fonds beendet wird.



*Katrin Schmidberger, seit 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und wohnungspolitische Sprecherin der Grünen Fraktion. Seit fast zehn Jahren kämpft Katrin für den Schutz der Mieter\*innen und für den Umbau des Berliner Wohnungsmarktes. Sie setzt sich außerdem für eine aktive, soziale Bodenpolitik und für den Schutz bestehender Gewerbeflächen wie auch für neue landeseigene Gewerbehöfe ein. Mehr Infos: [www.Katrin-Schmidberger.de](http://www.Katrin-Schmidberger.de)*

Foto: Anna Fiolka

**Katrin Schmidberger,**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Eine „Taskforce gegen Immobilienspekulation“, die dafür sorgt, dass alle notwendigen Ämter und Behörden gemeinsam und vernetzt kooperieren, soll hier Abhilfe schaffen.

## Mietendeckel – #Mietenwahl

Der Mietendeckel, den wir hier im Land entwickelt haben, war der richtige Versuch einer Notbremse, um die ausufernden Mietsteigerungen und die zunehmende Immobilienspekulation endlich zu stoppen. Die Untätigkeit des Bundes hat es außerdem erforderlich gemacht, Neuland zu betreten. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass eine Mieten-Regulierung grundsätzlich möglich ist, dafür aber zuvor ein gesetzlicher Rahmen vom Bund kommen muss. Deswegen fordert das grüne Bundestagswahlprogramm, dass Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten durch eine sog. Länderöffnungsklausel zukünftig die Möglichkeit haben, Mieten selbst zu regulieren. Auch deshalb ist diese Wahl so zentral für alle Mieter\*innen.

## Der SPD-Vonovia-Deal – raus aus den Hinterzimmern!

Kein Unternehmen gibt uneigennützig Bestände ab. Auch nicht die Vonovia oder die Deutsche Wohnen. Ein Ankauf muss aber im Interesse des Landes Berlin liegen. Und es fällt auf, dass es bei dem jetzt verhandelten Deal zum Teil um Objekte geht, die die Unternehmen sowieso abstoßen wollten. Natürlich ist ein Ankauf für die betroffenen Mieter\*innen gut und richtig. Aber er muss transparent geschehen. Die Berliner\*innen haben ein Recht, zu erfahren, welche Wohnungen angeboten werden, wie hoch der Kaufpreis ist und wie der Kaufvertrag aussieht. Außerdem fordern wir die Beteiligung des Parlaments bei der Entscheidung über den Ankauf. Hier will die SPD bis zu drei Milliarden Euro ausgeben ohne die Landeshausgesetzgeber\*innen mitentscheiden zu lassen. Bislang arbeitet lediglich eine Arbeitsgruppe aus den Senatsverwaltungen für Finanzen wie auch Stadtentwicklung intern an dem „Deal“.

Die SPD muss hier die Hinterzimmerpolitik beenden und Transparenz schaffen. Gerade die SPD muss darlegen, inwiefern ein sozialverträglicher Kaufpreis in Verbindung mit dem jeweiligen baulichen Zustand angeboten wird. Die groß angekündigte baulich-technische Prüfung der Häuser muss ebenso transparent gemacht werden. Mängel wie Asbest und jahrelanger systematischer Instandhaltungstau müssen bei der Kaufpreismittlung deutlich durch Abschlüsse mit einfließen. Der Ankauf darf nicht zu einer finanziellen Schwächung der Landeseigenen Wohnungsunternehmen führen. Und es darf auch nicht dazu kommen, dass die Bestandsmieter\*innen von Degewo, Howoge und Berlinovo den Ankauf über ihre Mieten finanzieren.

Wir erwarten, dass mehr als 20.000 Wohnungen angekauft werden und dass wir als Koalition gemeinsam die Bestände nach sozialräumlichen Kriterien aussuchen. In Bezirken bzw. Quartieren mit wenig landeseigenem Wohnraum sehen wir großen Nachholbedarf. Und dort, wo Sozialbindungen auslaufen, sehen wir eine hohe Verdrängungsgefahr. Zudem muss sicher gestellt sein, dass die Mieter\*innen die gleichen Schutzregelungen erhalten, wie sie in der Kooperationsvereinbarung und den rot-rot-grünen Beschlüssen zu den Mietenbegrenzungen vereinbart wurden. Der sog. Sozialpakt für das Wohnen, den Vonovia und die Deutsche Wohnen ja so „freiwillig“ anbieten, sollte vor allem hinsichtlich der Neuvermietungen nachverhandelt werden, weil er bisher nur für die Bestände gelten soll, nicht für die Neu-Ankäufe. Wie verätherisch! SPD und Linke haben bei der GSW-Privatisierung damals sehr viele Fehler gemacht. Das darf sich nicht wiederholen!

ks

**Kandidatin  
im Wahlkreis 2**

## Beste Chancen und starke Perspektiven sind nicht verhandelbar

Als familienpolitische Sprecherin habe ich mich in der vergangenen Legislatur für Projekte stark gemacht, die Berliner Familien und Heranwachsende in ihrem Alltag unterstützen, vernetzen und bereichern. Viele davon sollen nun im Rahmen der Corona-Einsparungsmaßnahmen gekürzt werden.



Marianne Burkert-Eulitz, seit 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Sprecherin für Familien- und Bildungspolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kandidatin für den Wahlkreis 2 Friedrichshain-Kreuzberg für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Mehr Infos: [www.marianne-burkert-eulitz.de](http://www.marianne-burkert-eulitz.de)

Foto: Anna Fiolka

Hinter diesen Projekten stehen engagierte Akteur\*innen, die die Wege unserer Kinder gestalten und prägen. Elternbegleitung an Grundschulen, die Werkpädagogik, das Netzwerk Vormundschaft und der Ausbau der Inklusion von Kindern und Jugendlichen an Schulen, Kitas und in der Jugendhilfe – dafür habe ich mich besonders eingesetzt. Jedes dieser Projekte verdient es, vorgestellt, fortgesetzt und in seiner Geschichte weitergeschrieben zu werden. Stattdessen plant der Finanzsenator, an diesen Stellen zu kürzen. Das kann und darf nicht unser Weg sein!

### In und nach Krisenzeiten darf an Familien nicht gespart werden

Ich werde dafür kämpfen, alle bisher begonnenen Projekte am Leben zu erhalten und auszubauen. Denn unsere Familien und die junge Generation mussten in der Pandemie viel Kraft, Nachsicht und Geduld aufbringen. Sie sollten jetzt erst recht alle Unterstützung bekommen, die wir ihnen im Bund, als Land und in den Bezirken geben können. Kürzungen bei den Familienangeboten sind in diesen Zeiten unverantwortlich. Im Gegenteil – diese Zeiten fordern von uns, Angebote für Familien auszubauen und zu stärken.

Verstärkte Aufmerksamkeit benötigen Heranwachsende und Familien mit besonderen Bedarfen. Dazu ge-

hören Familien mit Risikokindern und auch neu zugewanderte, die vielfach noch in Erstaufnahmestellen und Gemeinschaftsunterkünften wohnen. Ihnen standen die wenigsten Ressourcen zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Dadurch wurden sie von der Pandemie am härtesten getroffen. Dass z. B. Integrationsmittel des „Masterplans Integration“ gerade jetzt zurückgefahren werden, ist verfehlt und muss dringend korrigiert werden.

Wir müssen zügig die Orte wieder aktivieren, an denen Familienmitglieder ihren eigenen Interessen und

Mit temporären Nachbarschafts- oder Spielstraßen können kurzfristige Orte der Begegnung geschaffen werden. Hier kann Austausch und soziales Lernen sowie Spiel und Bewegung stattfinden – wichtige Bausteine für die Persönlichkeitsentwicklung unserer Heranwachsenden.

Ich werde in den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen unser Grünes Ziel „Beste Chancen und starke Perspektiven von Anfang an“ hart verhandeln. Gerade nach der Pandemie brauchen wir konkrete Bestandsaufnahmen und eine Aus-



Marianne sucht immer wieder das direkte Gespräch, um Impulse, Ideen und Stimmungen aufzunehmen. Hier beim Vorlese-Tag an der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule.

Foto: Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule

Bedürfnissen nachgehen können: Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportvereine, Sportstätten, Familienberatungsstellen. Heranwachsende brauchen Möglichkeiten des sozialen Austausches jenseits ihres Familienkreises. Durch kostenfreie Zugänge zu kulturellen oder sportlichen Aktivitäten, die Ausweitung von Öffnungszeiten und den Ausbau von Angeboten der Jugendbildung und Jugendberufshilfe können wir sie dabei unterstützen.

finanzierung aller realen Bedarfe vor Ort, keine Kürzungen in der Jugendhilfe und Familienarbeit. Familien tragen unsere Zukunft – ihnen gilt mein Engagement und Einsatz in der noch laufenden, und mit dem Willen unserer Wähler\*innen, auch in der nächsten Legislatur.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

## Bildung in der digitalen Welt

„Kann ich kurz posten, dass ich in der Schule bin?“

Im Corona-Jahr haben Eltern, Kinder und Lehrkräfte die verschiedensten Formen von Distanzunterricht erleben müssen: von kopierten Lernheften über Zoom-Konferenzen und Lernplattformen bis hin zu OpenSource-Angeboten. Die Pandemie hat Schulen über Nacht gezwungen, ihren Alltagsbetrieb umzustellen. Dabei sind viele kreative Ideen entstanden, wie Schule anders gehen kann.

### Privatisierung des Bildungssystems

Es überschlagen sich jedoch auch private Unternehmen beim Verkauf von Lernapps, und eine Vielzahl von Lernplattformen flutet den Markt. Diese Angebote sind für die bereits jetzt überlasteten Schulen oftmals willkommene, unkomplizierte Tools, um den neuen Alltag zu bewältigen. Dahinter stecken jedoch selten didaktisch und pädagogisch fortschrittliche Digitalisierungskonzepte, sondern oftmals Unternehmen mit einer klaren wirtschaftlichen Agenda, die zudem Zugriff auf persönliche Daten erhalten und die Chance gesehen haben, aus der Krise wirtschaftlich zu profitieren.

Auch die zahlreichen, teilweise privaten, Fortbildungsangebote fokussieren vor allem auf die kurzfristige Anwendung, Fragen des funktionalen Einsatzes von Hard- und Software oder das Abrufen von Digitalpakt-Mitteln. Das geht allerdings am zentralen Bedarf der Schulen vorbei: Nämlich nachhal-



Vito Dabisch, Platz 16 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

tige, pädagogisch sinnvolle sowie für den Bedarf der jeweiligen Schule angepasste Digitalisierungskonzepte einzuführen.

### Digitales Lernen als Bildungsauftrag

Die Aufgabe von digitaler Bildung ist nicht, jungen Menschen beizubringen, wie sie einen Touchscreen betätigen. Vielmehr setzt gute digitale Bildung beim Alltag der Schüler\*innen an. Sie sollen verstehen, wie Algorithmen manche TikTok Videos nach oben spülen und andere unsichtbar machen, was das Suchtpotenzial von Twitter ausmacht und darüber nachdenken, welche Informationen sie öffentlich teilen möchten.

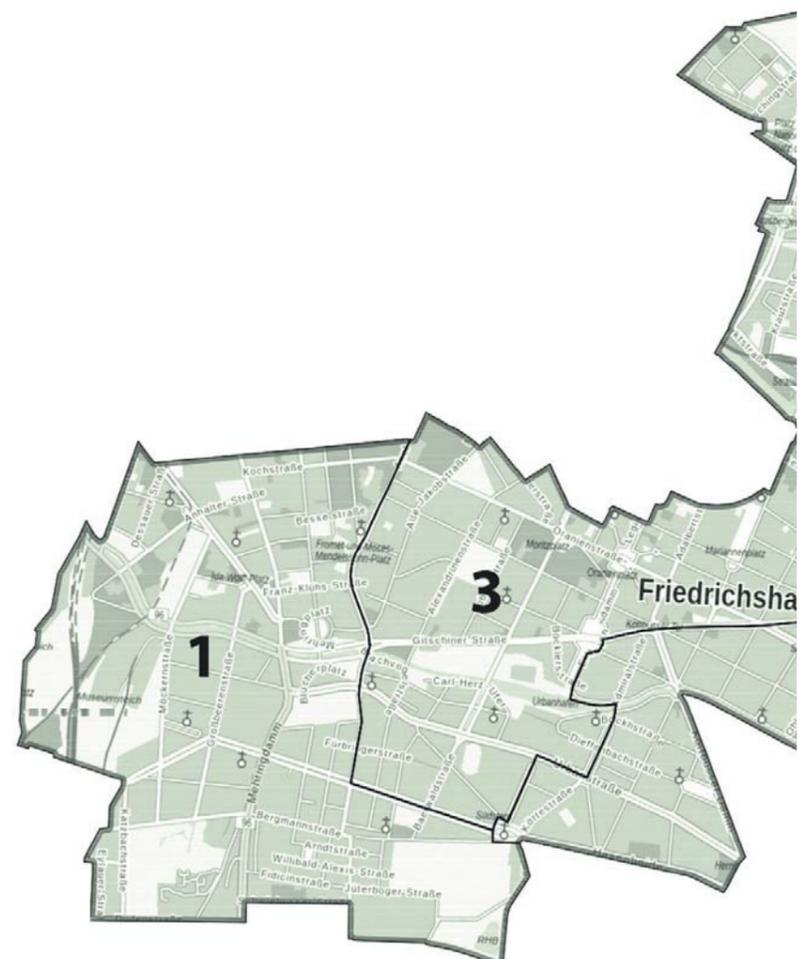
Das Ziel von Bildung in der digitalen Welt ist im Kern kein anderes als von Bildung an sich. Es geht darum, dass sich Kinder selbstbestimmt zu mündigen Bürger\*innen entwickeln können, ob analog oder digital. Dazu ist es in der digitalisierten Welt auch nötig, über die Mechanismen und Logiken, Chancen und Gefahren digitaler Technologien Bescheid zu wissen. Dazu müssen zunächst Lehrer\*innen, und auch Eltern, über eben diese Mechanismen lernen – und lernen, die Logiken zu hinterfragen.

### Jetzt Digitalisierung progressiv gestalten

Die monatelangen Schulschließungen haben ohne Zweifel eine große Lücke offengelegt. Nun gäbe es die Chance, diese mit nachhaltigen, funktionierenden OpenSource-Angeboten zu füllen und Schulen gleichzeitig zu ermöglichen, für sie passende Digitalisierungskonzepte zu entwickeln. Im Landeswahlprogramm fordern wir deshalb für alle Berliner Schulen Mittel und Stunden, um Schulentwicklung entsprechend der Schulprogramme tatsächlich umsetzen zu können. Denn wir dürfen Schulen mit der Bewältigung dieser Aufgaben nicht alleine lassen.

■ Vito Dabisch

■ Meike Berg, KV Neukölln, Lehrerin



Wahlkreiskarte Friedrichshain-Kreuzberg

# Grüne Bilanz zu Stadtnatur, Stadtgrün sowie Umwelt- und Naturbildung



Unsere Grüne Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus ist vor fünf Jahren angetreten, Berlin nachhaltig zu verändern. Und wir haben es geschafft, viele ambitionierte Vorhaben des Koalitionsvertrages anzustoßen, zu verankern und Wirklichkeit werden zu lassen.

Für Stadtgrün und Naturschutz ist es uns mit Rot-Rot-Grün nach Dekaden des Stillstands gelungen, die mit tiefgrüner Tinte geschriebenen Projekte für mehr Grün im Grau umzusetzen: Wir haben ein sogenanntes Grünes Finanzpaket in Höhe von 60 Mio. Euro geschnürt, mit dem wir die Bezirke bei der Baumpflege, Grünflächenanierung und Grünflächenpflege auch personell unterstützen. Für einen noch besseren Schutz haben wir die Novellierung der Baumschutzverordnung in die Wege geleitet. In Zukunft können damit bereits Bäume ab einem Stammumfang von 60 cm geschützt werden. Wir streiten in der Koalition, dass mit einem „Berliner Naturcent“ mehr Mittel für den Erhalt und Ausbau der grünen Infrastruktur bereitgestellt werden. Dieses Projekt wird aktuell leider von den Koalitionspartner\*innen blockiert.

Auf unsere Grüne Initiative hin, gibt es mittlerweile in allen zwölf Berliner Bezirken Parkmanager\*innen und Naturranger\*innen. Sie vermitteln, informieren, vernetzen und lösen Konflikte im Berliner Stadtgrün. Außerdem sorgen sie dafür, dass die Berliner\*innen mehr über den Umgang mit der Natur und den Grünflächen in ihrem Kiez erfahren.

## Biologische Vielfalt in der Stadt

Wir haben auch erreicht, dass Berlin eine pestizidfreie Kommune ist und die Strategie zur biologischen Vielfalt, die jahrelang in der Schublag, endlich umgesetzt wird. Dafür

wurde eigens eine Stelle bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz geschaffen. Zudem haben wir mit der Zivilgesellschaft eine Strategie entwickelt, die anhand konkreter Maßnahmen Bienen und andere Bestäuber schützt. Berlin ist nun Mitglied im „Netzwerk Kommunen für Biologische Vielfalt“.

Wir verwurzeln Urban Gardening in der Stadt. Dafür haben wir eine zuständige Stelle in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz geschaffen. Wir haben das Kleingartensterben gestoppt und öffnen sie für mehr Menschen. Es ist für uns klar, dass mehr Menschen von Kleingärten auf den landeseigenen Flächen profitieren sollen. Darum arbeiten wir dran, dass in Kleingartenanlagen ein bestimmter Anteil der Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern bereitsteht. Dabei ist es uns Grünen auch wichtig, einkommensschwachen Familien das Pachten einer Kleingartenparzelle zu ermöglichen.

Zusammen mit der Stadtgesellschaft haben wir eine Charta Stadtgrün für Berlin entwickelt. Berlins Stadtgrün wird damit künftig besser gepflegt und geschützt. Die Charta bündelt viele Maßnahmen und soll noch in dieser Legislatur verabschiedet werden.

Uns Grünen ist es wichtig, dass auch die Natur eine Lobby hat. Wir haben uns daher sehr dafür eingesetzt und es geschafft, dass in diesem Bereich Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft deutlich mehr Geld bekommen. Durch unsere Grüne Regierungsbeteiligung gibt es in jedem Berliner Bezirk ein Umwelt- und Naturbildungszentrum. Und auch die



Turgut Altug, geboren und aufgewachsen in der Südtürkei in einer Landarbeiterfamilie, Studium in der Türkei, Immigration nach Deutschland, Promotion. 2011 und 2016 im Wahlkreis 3 direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt. Dort ist Turgut in der Grünen Fraktion für die Themen Natur- und Verbraucher\*innenschutz und Umwelt- und Naturbildung zuständig.

Foto: Sedat Mehder

Arbeit der Stiftung Naturschutz Berlin fördern wir deutlich mehr als die vorherigen Regierungen.

Dass die Berliner Wälder fast 20 Prozent der Landesflächen ausmachen, ist ein Schatz für Berlin.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Berliner Forsten personell besser ausgestattet sind und sich schneller zu Mischwäldern entwickeln können. Zudem war es unserer Fraktion wichtig durchzusetzen, dass die

Waldschulen finanziell besser gefördert werden.

## Gutes Essen für alle!

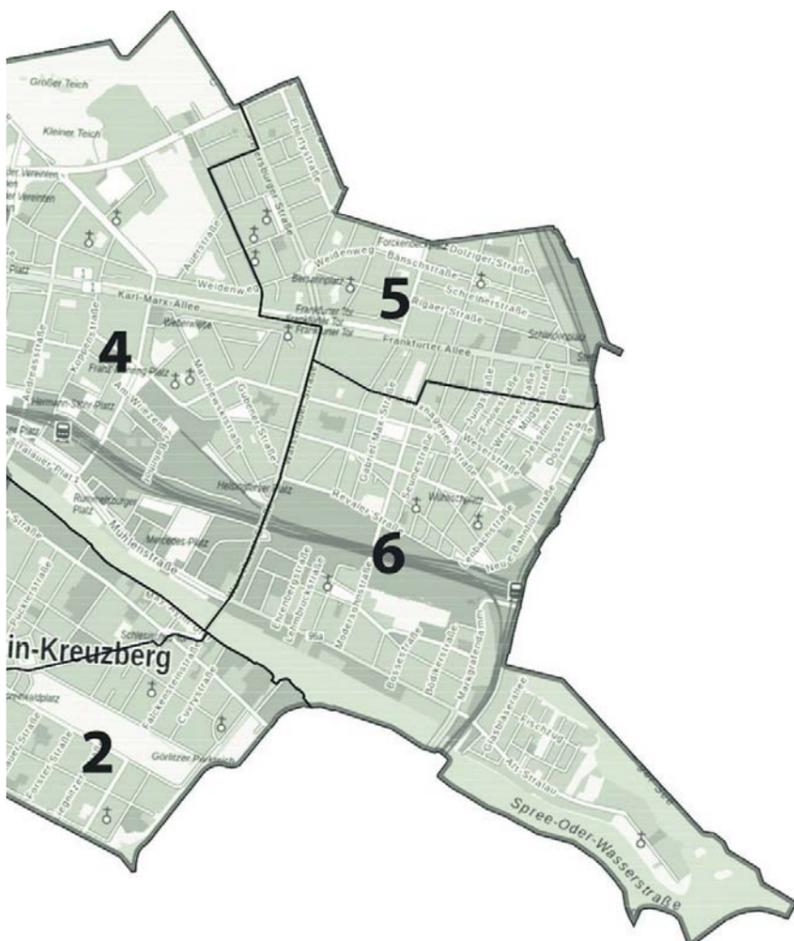
Für die Agrar- und Ernährungswende konnten wir ebenfalls große Erfolge erzielen. So konnten wir zusammen mit der zuständigen Senatsverwaltung und der Zivilgesellschaft eine bundesweit einmalige Ernährungsstrategie entwickeln. Mit dieser Strategie setzen wir beispielsweise durch, dass die Umstellung in den Gemeinschaftsküchen für mehr Bio, regional, vegetarisch und vegan von „Die Kantine Zukunft Berlin“ Stück für Stück umgesetzt wird. Wir erhöhen auch den Bioanteil im Schulesen ab August 2021 von 15 % auf min. 50 %. Perspektivisch wollen wir natürlich 100 % Bio und mehr regionale Lebensmittel.

## Grün Ght's weiter!

Ich setze mich dafür ein, dass dort, wo heute Autos stehen oder die Flächen versiegelt sind, morgen Bäume wachsen, Urban Gardening stattfinden und Regenwasser absickern kann. Vor allem dort, wo Grün- und Freiflächen fehlen und die Umweltbelastung hoch ist. Denn eine gesunde Umwelt und der Zugang zu Stadtgrün sind auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Diese Wahl ist entscheidend für unsere Zukunft. Am 26. September wird gewählt – im Bund, in Berlin und in unserem Bezirk. Die Wahl stellt die Weichen für die kommenden Jahre. Ich kandidiere erneut im Wahlkreis 3 in Kreuzberg. Mit Ihrer Erststimme können Sie entscheiden, wer Kreuzberger Interessen im Abgeordnetenhaus vertritt. Meine Bitte an Sie: Nutzen Sie Ihr Wahlrecht!

■ Dr. Turgut Altug, Mitglied des Abgeordnetenhauses



## Ist unsere Idee von Klimaschutz gerecht?

Klimaschädliches Verhalten muss seinen gerechten Preis bekommen – das ist eine der lautesten Forderungen, wenn es um Klimaschutz und nachhaltigen Konsum geht. Politisch nicht gewollte Verhaltensweisen gilt es einzudämmen.

Also muss Autofahren teurer werden, ebenso wie fliegen – eigentlich reisen im Allgemeinen. Außerdem ist Fleisch viel zu billig und das T-Shirt für 4,99 Euro sowieso. Ich habe kein Auto, esse seit 12 Jahren kein Fleisch und fliege nicht innerhalb Europas. Mein ökologischer Fußabdruck ist damit wahrscheinlich vergleichsweise klein, doch warum? Weil ich es mir leisten kann. Die Bettwäsche aus ökotec-zertifizierter Baumwolle, den doppelt so teuren Wocheneinkauf im Bioladen oder die Bahnfahrt von Berlin nach Wien. Ich kann für all das mehr zahlen.

Forderungen nach Preiserhöhungen können für manches eine Lösung sein – aber keine gerechte. Denn höhere Preise treffen verschiedene Menschen unterschiedlich hart. Natürlich ist Konsumkritik in der Debatte um konsequenteren Klimaschutz nicht unwichtig. Besonders wenn es um die Verschwendung von Lebensmitteln geht. Aber wenn Politik und Unternehmen die gesamte Verantwortung für Klimaneutralität auf die Verbraucher\*innen übertragen, entziehen sie sich selbst der Verantwortung. Das gleiche passiert, wenn Menschen, die es sich finanziell leisten können, blindlings Preiserhöhungen fordern, nachdem sie doch



Alexandra Neubert, Platz 9 unserer BVP-Kandidat\*innenliste

selbst jahrelang auf Kosten aller zur Klimakrise beigetragen haben. Es ist nicht nur zu kurz gedacht, sondern auch ungerecht.

## Inklusive Krisenbewältigung

Mit meinem bewussten und nachhaltigeren Konsum leiste ich mit Sicherheit einen Beitrag zum Klimaschutz. Außerdem beruhige ich so nicht zuletzt mein grünes Gewissen.

Die Folgen der Klimakrise können jedoch nur durch den Wechsel unserer Wirtschaftsweise wirklich eingedämmt werden. Der Verweis auf das Konsumverhalten Einzelner ist wenig effektiv und lenkt von den unbedingt notwendigen Schritten auf Seiten der Politik und Wirtschaft ab. Verfrühte Preiserhöhungen verringern dabei nicht nur die Teilhabemöglichkeit vieler an gesellschaftlichen Ressourcen und Prozessen, sondern erhalten das System der sozialen Ungleichheit einmal mehr. Was bleibt, ist also nichts anderes als Klassismus zum Wohle des Klimaschutzes.

Ich habe noch keine Lösung ohne die ganz große Systemfrage zu stellen. Aber ich habe eine Forderung an meine grüne Bubble: Lasst uns keine klassistische Debatte über Preiserhöhungen führen, sondern für die Bewältigung der Klimakrise an einem ökologischen, aber gleichzeitig sozialen Umbau arbeiten. Indem wir mehr Grünflächen schaffen, weiter Radwege und den ÖPNV ausbauen – vor allem aber indem wir inklusiv denken. Denn die Berücksichtigung aller Lebensrealitäten ist die Grundvoraussetzung für einen gerechteren und somit auch progressiveren Klimaschutz.

■ Alexandra Neubert

**Kandidatin  
im Wahlkreis 4**

## Leben im öffentlichen Raum

**Mit dem Radentscheid 2016 ist eine Bewegung entstanden, die nicht nur für eine sichere Radinfrastruktur kämpft, sondern für eine Umgestaltung der ganzen Stadt. Unter dem Stichwort „Neuverteilung des öffentlichen Raums“ finden sich Themen wie Flächengerechtigkeit, Kiezblocks, Parks statt Parkplätzen und Spielstraßen. Gleichermaßen geht es um lärm- und schadstoffreduzierte Quartiere, um die Aufenthaltsqualität und den Paradigmenwechsel von der autozentrierten Stadt zur Stadt für Menschen.**

In Berlin und darüber hinaus sind besonders drei soziale Bewegungen aktiv: Die Klimaschutzbewegung, die Mietenbewegung und die Verkehrswendebewegung. In Berlin treffen sich die Zielstellungen aller drei Bewegungen im Projekt Kiezblocks. Kiezblocks sind Wohnquartiere, die frei von Durchgangsverkehr sind damit die Priorität auf dem Fuß- und Radverkehr liegt. Sogenannte Parkplätze können weitgehend anders genutzt werden, entweder als Radabstellplätze oder als kleiner Garten oder als kommerzfreier Aufenthaltsraum mit Tischen und Stühlen. Die Fokussierung auf das Auto im öffentlichen Raum wird zugunsten der Lebensqualität für die Anwohnenden ausgetauscht. Anlass sind vor allem der Durchgangsverkehr, zu hohes Tempo, starker LKW-Verkehr, Lärm oder gesundheitsgefährdende Abgase, doch die Anwohnenden wollen gleichzeitig ihren Kiez viel stärker selbst gestalten. Oftmals sind bereits kleine Grünoasen in Eigeninitiative entstanden, die verstetigt werden sollen. Bäume werden gegossen, wozu es das erforderliche Equipment braucht, Stadtplätze werden eingefordert, an denen sich die Kiezbewohner\*innen kommerzfrei treffen, um sich auszutauschen bzw. weitere Planungen verabreden zu können. Es geht viel um Nachhaltigkeit der Grünflächen, um Entseigerung von Straßen und Parkplätzen, aber auch um den Erhalt der Häuser und Wohnungen, damit die Mieter\*innen im Kiez bleiben können.

### Eigenverantwortung und Inis

In Friedrichshain-Kreuzberg haben sich bereits mehrere Bürger\*innen-Initiativen gegründet, die ihr Wohnquartier in einen Kiezblock umwandeln wollen. Zwei Inis haben mittlerweile über 1000 Unterschriften dafür gesammelt und als Einwohner\*innen-Anträge in die BVV eingebracht, wo beide eine große Mehrheit fanden. Weitere Inis sammeln noch Unterschriften bzw. gründen sich gerade.

Diese Initiativen sind zu begrüßen. Sie gestalten mit und wollen Verantwortung tragen. Für die Verwaltung und auch die politische Vertretung des Bezirks bedeutet das, in anderen Kategorien zu denken und zu handeln. Zunehmend wollen sich Bewohner\*innen einmischen, mitmischen – gemeinsam mit den Kolleg\*innen der Verwaltung und der politischen Leitung des Bezirksamtes sollen die Quartiere so entwickelt werden, dass die Lebensqualität steigt.

Wenn wir mit den Aktiven diskutieren, haben oftmals vorher bereits viele Treffen und Abstimmungsrunden stattgefunden. Unter der Nachbarschaft wurde sich mit hohem Engagement und auch viel Fachverstand ausgetauscht, debattiert, um Lösungen und Ideen gerungen. Die Konzepte sind manchmal bis ins Kleinste ausgearbeitet und es wird von den Kolleg\*innen der Verwaltung erwartet, dass alles genau so umgesetzt wird. Das ist jedoch nicht immer möglich, da es gerade beim Thema Verkehr viele Richtlinien und Vorschriften gibt, die es zu beachten gilt. Manches mutet anachronistisch an und ist es auch. Die Straßenverkehrsordnung (StVO) hat den reibungslos fließenden Verkehr zum Ziel und unter Verkehr wird nach wie vor der Autoverkehr verstanden. In

Berlin kommt noch hinzu, dass für die Verkehrssteuerung zwei Ebenen der Verwaltung zuständig sind, die kommunale Bezirksverwaltung und die landesweite Senatsverwaltung. Und bei den Bundesstraßen ist auch noch das Bundesministerium im Spiel. Weil die StVO eine andere Ausrichtung hat, geht das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg auch immer wieder den Weg, Ermessensspielräume bei der Umsetzung von Projekten auszuloten. Dies ist erforderlich, damit das Umsetzungstempo erhöht werden kann. Die Verbürokratisierung der Verkehrssteuerung macht viele Prozesse schwerfällig, langwierig oder vordergründig unmöglich. Da es natürlich auch Bürger\*innen gibt, die die Notwendigkeit einer Mobilitätswende nicht akzeptieren wollen, gibt es auch immer wieder Klagen gegen unser Vorgehen. Einerseits steht dies allen Bürger\*innen zu, andererseits helfen uns die gerichtlichen Entscheidungen, Klarheit zu erlangen. Wir lernen und verfeinern so unsere Maßnahmen.

### Überzeugen und beschleunigen

Ebenfalls beteiligt an den Prozessen ist die Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Hier haben die unterschiedlichen Parteien und Fraktionen ihre jeweils eigene politische Agenda. Die Einen stehen der Verkehrswende und somit auch den Kiezblocks sehr offen gegenüber. Sie stellen entsprechende Anträge und fordern das Bezirksamt und die Kolleg\*innen der Verwaltung zielgerichtet zum Handeln auf. Anderen ist die Verkehrswende ein Dorn im Auge, und zwar unterschiedlich transparent: Einige lehnen die Verkehrswende offen ab, andere stimmen ihr nach außen hin scheinbar zu, finden dann aber bei der konkreten Umsetzung immer und immer wieder Gründe, um die Umsetzung zu verschieben, zu blockieren oder letztendlich doch zu verhindern.

Immer mehr Bewohner\*innen im Bezirk wollen ihr Wohnumfeld mitgestalten. Es entstehen immer mehr kleine regionale Bündnisse, die wenig Verständnis für parteipolitische Nicklichkeiten haben. Die Organisationsstruktur der Verwaltung ist (noch) nicht so aufgebaut, dass eine Begleitung der vielschichtigen und komplexen Themen zufriedenstellend möglich ist. Das Straßen- und Grünflächenamt hat zwar einen neuen Fachbereich 'Öffentlicher Raum' aufgebaut, um den Anforderungen besser gerecht werden zu können. Aber auch vor Ort sind sich nicht alle Bewohner\*innen einig. Die Debatten um Parkplätze oder Fußgänger\*innen-Zonen werden im Kiez hart geführt und werden natürlich dankbar von den Fraktionen, die gegen die Verkehrswende sind, aufgenommen und befeuert, manchmal auch mit medialer Begleitung.

Diskutieren, Beraten, Informieren, Beteiligen, Streiten, Lösungen suchen und Lösungen finden - all das ist unsere gemeinsame Aufgabe als Bezirksverwaltung, als politisch Verantwortliche und als Bürger\*innen in Friedrichshain-Kreuzberg. Der Transformationsprozess muss beschleunigt werden und er muss gelingen. Einerseits, damit die Bewohner\*innen gesund, sicher und mit deutlich erhöhter Lebensqualität leben können und andererseits, weil wir alles tun



Monika Herrmann, seit 8 Jahren Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg und seit 15 Jahren Familienstadträtin des Bezirks. Kandidatin in Friedrichshain-Kreuzberg im Wahlkreis 4. Politischer Schwerpunkt: Mobilitätswende, Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung, Fuß- und Radverkehr, Kiezblocks. Motto: „Nicht der Mensch muss sich der Stadt anpassen sondern die Stadt dem Menschen.“

Foto: Kilian Vitt

■ Monika Herrmann,  
Bezirksbürgermeisterin

## Verkehrswende von unten

**In Friedrichshain-Kreuzberg wollen wir Politik nicht „von oben herab“ machen, sondern freuen uns über eine lebhaftere Initiativenlandschaft, die sich mit vielfältigen Ideen und umfangreicher Expertise einbringt. Eine dieser Ideen sind „Kiezblocks“ – ein Konzept zur Verkehrsberuhigung.**

Mit einem System aus Durchfahrtsverboten und Einbahnstraßen, aber auch mit technischen Mitteln wie Bodenschwellen und Pollern werden Wohnstraßen vom Durchgangsverkehr befreit. Die Kieze werden nicht gesperrt, sondern geöffnet – für alle Menschen, die sich ohne einen schützenden Panzer aus Blech in der Stadt bewegen wollen. Rettungsdienste, Lieferverkehr und Müllabfuhr kommen selbstverständlich weiter überall hin.

### Parks und Plätze statt nur Parkplätze

Der öffentliche Raum gewinnt an Aufenthaltsqualität und wird wieder zum Begegnungsraum. Kinder können auf der Straße spielen. Kultur findet statt. Und Parkplätze werden zu begrünten Freiräumen, sogenannten Pocket-Parks.

Es passiert viel: So ist der Lausitzer Platz nun eine Fußgängerzone und in der Krautstraße wachsen zwei Spielplätze zum ersten barrierefreien Spielplatz im Bezirk zusammen. Rund um die Bergmannstraße entsteht der Kiez der Zukunft und mein Kiez wird zum SamariterSuperKiez, wo sich viele Initiativen vernetzen, gemeinsam planen und vielfältige Ideen umsetzen – von



Pascal Striebel, Platz 10 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

bezahlen sie mit Lärm und Dreck. Und das, obwohl sie selbst oft gar kein Auto haben. Es muss sich also grundlegend was ändern.

### Nicht Verkehrsberuhigung ist das Problem, sondern zu viel Verkehr

Mit einer neuen Bundesregierung muss endlich auch auf den Hauptstraßen konsequent Tempo 30 möglich werden. Auf Landes- und Bezirksebene müssen wir überall noch mehr – und schneller – sichere Radwege schaffen, Barrieren abbauen, das Tram-Netz erweitern und den Fuhrpark an Bussen und Bahnen weiter aufstocken. So können wir den kostbaren öffentlichen Raum besser und gerechter verteilen. Davon profitieren alle. Denn mit guten und sicheren Wegen für Fuß- und Radverkehr und einem leistungsstarken und bezahlbaren ÖPNV bleibt auch mehr Platz für die Menschen, die tatsächlich noch ein Auto brauchen.

Das Berlin der Zukunft wird mit viel weniger Autos eine sehr viel lebenswertere Stadt sein. Und wir alle können uns schon darauf freuen.

■ Pascal Striebel,  
Bezirksverordneter

# Grüne Innenpolitik macht den Unterschied



**Der 26. September wird eine Klimawahl, denn die Zeit rennt. Unaufhaltsam und ohne Rücksicht auf politische Befindlichkeiten. Als Direktkandidat für den Friedrichshainer Nordkiez, Wahlkreis 5, möchte ich auf ein weiteres, essentielles Themenfeld in der Berliner Landespolitik aufmerksam machen: Wir wollen nicht nur alles dafür tun, das Klima zu retten, wir kümmern uns genauso um das gesellschaftliche Klima.**

Als Innenpolitiker möchte ich im nächsten Abgeordnetenhaus dazu meinen Beitrag leisten. Denn gleichzeitig zu den Entwicklungen und Folgen der Krisen unserer Zeit, ob Corona oder Klimawandel, erleben wir trotz vieler positiver gesellschaftlicher Fortschritte einen massiven Rechtsruck. Einen Angriff auf unsere vielfältige, offene Gesellschaft, auf Gleichberechtigung und auf unsere plurale Demokratie. Ich verstehe Innenpolitik als Gesellschaftspolitik und möchte diesem Angriff auf unser Zusammenleben eine andere Innenpolitik entgegensetzen – eine Grüne Innenpolitik.

## Eine andere Innenpolitik ist möglich – und notwendig!

Gerade in einer Zeit, in der sich Krisen zuspitzen, in denen radikale Kräfte Zuwachs gewinnen und politische Debatten von Polarisierung geprägt sind, kommt der Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine wesentliche Bedeutung zu. Doch vor allem in der Innenpolitik erkennen wir stets die gleichen Muster: Es wird zwar immer gerne vom vielfältigen und offenen Berlin geredet, in der politischen Umsetzung bleibt es jedoch oftmals nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis. Gerade in unserer Stadt müssen alternative, linke, queere und emanzipatorische Lebensformen Platz haben und das nicht nur in Werbebroschüren oder Präambeln von Koalitionsverträgen. Doch was auf Probleme oder Herausforderungen, die es ohne Zweifel gibt, stets als Reaktion kommt, ist der Ruf nach mehr:



Vasil Franco, 29 Jahre, geboren in St. Petersburg, in Friedrichshain zu Hause, Verwaltungswissenschaftler, derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag. Meine Themen für den Friedrichshainer Nordkiez im Abgeordnetenhaus: Mietenexplosion, Verkehrswende, konsequenter Klimaschutz, Kinder und Familien und solidarische Nachbarschaft.

Foto: Kilian Vitt

mehr Polizei, mehr Kompetenzen, mehr Aufrüstung! Ich bin überzeugt: Statt Law-and-Order-Fantasien benötigen wir einen strukturellen Wandel, von der Verwaltung über die Polizei bis zum Verfassungsschutz.

Die Vielfalt dieser Stadt muss Tag für Tag gelebt werden. Dazu braucht es eine Politik, die die richtigen Rahmenbedingungen und Schwerpunkte setzt. Statt Scheindebatten über Antifa-Verbote, die sogenannte Clankriminalität und die Beobachtung von Ende Gelände durch den Verfassungsschutz braucht es einen geschärften Fokus auf Rassismusbekämpfung, Antidiskriminierung, die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und ein gezieltes Vorgehen gegen organisierte Kriminalität und rechte Strukturen – auch und besonders innerhalb von Verwaltung und Sicherheitsbehörden.

Noch immer sehen sich von Rassismus Betroffene, zivilgesellschaftliche Akteure und marginalisierte Gruppen mit der Delegitimierung ihrer Rechte konfrontiert – sei es aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Kopftuchs, ihrer Kippa, ihrer sexuellen Identität, ihrer Herkunft oder ihres Namens. Ausschlussmechanismen greifen bereits im Kontakt mit der Verwaltung, beim Zugang zu Arbeit, Wohnraum oder der Gesundheitsversorgung. Rechtlich, wirtschaftlich, sozial – hier ist die Politik gefragt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die diese oftmals strukturell verfestigten Ungerechtigkeiten aufbrechen können. Der Staat muss als Vorbild vorangehen. Gerade als Verwaltungswissenschaftler weiß und erlebe ich, wie wichtig es ist, die Verwaltung mitzunehmen. Sie ist ein entscheidender Faktor für gelebte Offenheit, die über das politische Bekenntnis hinaus trägt. Besonders stark betrifft das die Sicherheitsbehörden.

Erfassungsstellen und Interessenverbände unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sind das Rückgrat der Berliner Stadtgesellschaft. Diese gilt es durch ein Landesdemokratiefördergesetz sowie den Ausbau von Beteiligungs- und Dialogformaten mit staatlichen Institutionen und Sicherheitsbehörden zu stärken.

Besorgniserregend ist auch in Berlin die Verharmlosung des Gefährdungspotenzials und die Verstrickung zwischen Mitarbeiter\*innen von Sicherheitsbehörden und rechtsextremen Akteuren. Solche Fälle wurden über die Veröffentlichung von Chatgruppen oder durch die Weitergabe von Dienstgeheimnissen aus der Berliner Polizei oder des Verfassungsschutzes mehrfach publik. Auch immer wiederkehrende rassistische Vorfälle, von Racial Profiling bis hin zu körperlicher Polizeigewalt, müssen in den Blick genommen werden. Daher braucht es nicht nur eine Berliner Polizeistudie, sondern auch eine Enquetekommission zu rechten und rassistischen Strukturen in Verwaltung und Sicherheitsbehörden. Ziel soll sein, diskriminierende Strukturen zu identifizieren und institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei geht es nicht, wie oftmals hoch emotional debattiert, um einen „Generalverdacht“, es geht vielmehr darum Vertrauen in die staatlichen Institutionen (wieder) herzustellen und zu stärken. Und zwar für alle Menschen, die hier leben. Nur mit einer ernsthaften Fehlerkultur lässt sich Vertrauen bilden und erhalten.

Und nicht zuletzt braucht es eine Reform des Verfassungsschutzes. Von der Aufarbeitung des Attentates auf dem Breitscheidplatz bis zu den Versäumnissen bei der rechten Anschlagsserie in Neukölln: Auch in jüngster Vergangenheit wurde der Verfassungsschutz seinen Aufgaben nicht gerecht. Dieser ist nicht, wie eigentlich gedacht, als Organ in Erscheinung getreten, das Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung früh erkennt, sondern erweist sich immer wieder als undurchsichtige, selbst für das Parlament intransparente und eigenmächtig agierende Blackbox ohne klare Zielsetzung und mit mangelhafter Kontrolle. Hier bedarf es einer Reform, die zwar mehrfach angekündigt und sogar im letzten Koalitionsvertrag verankert wurde, bisher aber in der Umsetzung scheiterte. Es geht darum, den Schutz der verfassungsrechtlich verbrieften Rechte und Werte tatsächlich in den Mittelpunkt zu stellen. Hierfür braucht es klarere Aufgabendefinitionen, Kompetenzbegrenzungen und eine umfassende parlamentarische und öffentliche Kontrolle.

All das sind Bausteine, die Berlin zu einer offenen und vielfältigen Stadt der Freiheit machen und gleichzeitig Sicherheit bieten, die hier leben. Und darauf kommt es an. Vor uns liegt eine Zeit radikaler Umbrüche und gesellschaftlicher Veränderungen. Unser Anspruch muss es sein, diesen Wandel solidarisch, sozial und gerecht zu gestalten. Dafür möchte ich mich als Vertreter im Parlament stark machen.

## Was bedeutet das konkret für Berlin?

Rot-Rot-Grün hat erkannt, dass die bunte und vielfältige Zivilgesellschaft in Berlin ein Garant für die Bildung gemeinsamer freiheitlicher Werte, demokratische Partizipation und Teilhabe und das Adressieren von berechtigter und benötigter Kritik im politischen und gesellschaftlichen Diskurs ist. Die Initiativen, Beratungs- und



Foto: privat

# Kein Mensch ist illegal

**Rechter Terror und Gewalt in Deutschland sind weder neu, noch handelt es sich dabei um Einzelfälle. Die Liste der Opfer ist lang und wurde jüngst um die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau erweitert.**

Auch in unserem Bezirk leben zahlreiche Menschen, die es offiziell nicht gibt oder politisch gewollt nicht geben dürfte. Nämlich zahlreiche Geflüchtete, die aufgrund der spätestens seit 2016 nochmals zunehmend restriktiven Asyl- und Migrationspolitik der Großen Koalition – insbesondere von den sich christlich nennenden Parteien CSU und CDU – keinen Asylstatus oder eine humanitäre Duldung erhalten. Doch diese Menschen, die aufgrund der Perspektivlosigkeit, Not oder Verfolgung auf der Suche nach einem besseren Leben für sich (und ihre Familien) ihre ursprüngliche Heimat verlassen haben, verschwinden nicht einfach, wenn unser Staat entscheidet: Wir wollen Euch nicht. Oder über die Konstruktion von sicheren Drittstaaten – die für die Geflüchteten meist alles andere als sicher sind – behauptet, es gäbe die Möglichkeit einer sicheren und menschenwürdigen Rückkehr. Für viele aber, die all ihre finanziellen Ressourcen in die Flucht gesteckt und alles aufgegeben haben, gibt es kein einfaches Zurück. Zudem sind wir – die sogenannte westliche Welt – oftmals die Verursacherin und bis heute Profiteur\*in jener wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umstände, die eben diese Menschen zur Flucht zwingen, deren Recht auf ein menschenwürdiges Leben wir mit unserer Asyl- und Migrationspolitik leugnen. Das wohlklingende „Fluchtursachen bekämpfen“ erschöpft sich oft genau



Taina Gärtner, Platz 13 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

darin, die herrschenden, oftmals autoritären und korrupten, Regime mit Geld und Material auszustatten, um die Menschen an der Flucht zu hindern und sie vor Ort weiter unterdrücken und ausbeuten zu können.

2013 lebte ich ein halbes Jahr mit den Geflüchteten zusammen auf dem Oranienplatz. Daraus ist zwangsläufig ein zeitintensives Dauerengagement geworden, da viele der Lampedusa-Geflüchteten weiterhin mitten unter uns leben, ohne Legalisierung und ohne dass es je zu der versprochenen politischen Lösung kam. Von daher unterstütze ich auch die Initiative „Legalisierung jetzt!“. Es darf nicht sein, dass undokumentierte Geflüchtete in

Obdachlosigkeit und ein Leben ohne jede Perspektive gedrängt werden und zum Überleben auf Privatpersonen angewiesen sind, Berlin aber als selbst erklärte „Solidarity City“ genau diese Menschen im Stich lässt!

In Berlin leben schätzungsweise bis zu 100.000 undokumentierte Menschen, welche sich häufig durch sklavennähnliche Jobs oder mangels Alternativen durch selbst kriminalisierende Tätigkeiten wie Drogenhandel über Wasser halten müssen. Würde man analog zu Portugal im letzten Jahr diese Menschen legalisieren, würde dies als Nebeneffekt zudem Bereiche wie den Görli und den Wrangelkiez deutlich entspannen.

Bis zu dieser großen politischen Lösung gibt es aber auch viele mögliche Zwischenschritte zur Teilhabe, welche von R2G leider bislang nicht ausgeschöpft wurden. Viel zu wenig geht vereinzelt ausschließlich informell, kann aber jederzeit wieder entzogen werden. Das hat mit guter, nachhaltiger Politik wenig zu tun, das ist sehr enttäuschend und muss sich schnell ändern! Gerade zu diesem Thema wünsche ich mir Eure geballte Unterstützung damit wir Menschenrechte durchzusetzen und Berlin und den Bezirk in eine Vorreiterrolle mit best-praxis Modellen verwandeln können!

■ Taina Gärtner, Bezirksverordnete

**Kandidat  
im Wahlkreis 6**

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen, ihre Miete nicht mehr zahlen zu können. Der Geldbeutel darf aber nicht darüber entscheiden, wer hier wohnen kann und wer nicht mehr. Deshalb war der Mietendeckel richtig und muss schnellstmöglich durch die Bundesebene eingeführt werden. Auch der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ kann hier ein weiterer Baustein sein. Wichtig bleibt auch die konsequente Ausübung des Vorkaufsrechts. Hier müssen die Bezirke durch den Senat stärker unterstützt werden, um das Instrument noch öfter einsetzen zu können. Spekulativer Leerstand oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen müssen zum Schutz der Mieter\*innen wirksam gestoppt werden. Für den gemeinwohlorientierten Umbau des Berliner Wohnungsmarktes brauchen wir ein breites Bündnis mit gemeinwohlorientierten Partner\*innen für sozialen und bezahlbaren Wohnraum. Unser Grünes Ziel ist es, dass zukünftig mindestens 50 % aller Wohnungen in gemeinwohlorientierter Hand sind.

### Vielfältige Kiezstrukturen statt Ballermann

Unsere Kieze leben von der bunten Mischung aus Kleingewerbe, Kitas, sozialen oder kulturelle Projekten. Zusätzlich zu Corona sind viele von stark steigenden Gewerbmieten betroffen. Ich werde mich daher für bezahlbaren Gewerberaum und neue städtische Gewerbehöfe einsetzen. Wie bei Wohnungen brauchen

wir hier Schutzmechanismen: eine Gewerbemietpreisbremse und die Ausweitung des Milieuschutzes auf Gewerbeflächen. Das gilt auch für den Erhalt der Soziokultur und der Clubkultur auf dem RAW-Gelände und im Bezirk, für die ich mich weiter einsetzen werde. Aber auch der Tourismus beeinflusst unsere Kiezstrukturen. Zwar hat die Pandemie den Städtetourismus vorübergehend einbrechen lassen. Das wird aber nicht so bleiben. Die Zeit muss jetzt genutzt werden, um die bestehenden Probleme anzugehen und die Tourismuspolitik neu aufzustellen. Berlin muss den Tourismus entschiedener steuern. Dazu gehört auch, neue Hotelstandorte durch den Senat stadtweit zu regulieren. Auch das bisherige Stadtmarketing gehört dabei auf den Prüfstand. Ziel muss ein stadtverträglicher Tourismus sein, der die Menschen in den Kiezen in den Mittelpunkt stellt.

### Mobilitätswende statt A100

Der Weiterbau der A100 vom Treptower Park mitten durch Wohnstraßen in Friedrichshain ist falsch und muss gestoppt und die vielen hundert Millionen Euro besser investiert werden. Dafür werde ich weiter kämpfen. Denn statt Betonwüste und Dauerstau ist mehr Platz für Fuß- und Radverkehr nötig. Mit den Pop-up-Radwegen haben wir im Bezirk gezeigt, dass Veränderungen auch kurzfristig möglich sind – davon brauchen wir mehr. Entscheidend sind neue Verkehrskonzepte,

## Für bezahlbare und vielfältige Kieze



Julian Schwarze, 37 Jahre, im Bezirk aufgewachsen und zur Schule gegangen. Anschließend Studium Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Neuere Geschichte in Bonn und Warschau. Seit 2011 im Bezirksparlament und seit 2016 dort Fraktionssprecher der Grünen Fraktion. Sein politisches Engagement gilt den Menschen und Themen aus dem Wahlkreis, bezahlbarem Wohnraum sowie ehrenamtlich den Geflüchteten und Studierenden aus Osteuropa und Zentralasien. Er ist Familienvater von zwei kleinen Kindern.

Foto: Bert Brüggemann

die nicht nur einzelne Straßen in den Blick nehmen, sondern ganze Wohnblocks im Zusammenhang denken.

Unser Bezirk gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten Europas. Es fehlt an Grünflächen und Stadtnatur, aber auch an Platz für Sport und zum Spielen. Das gilt auch für neue Schulen, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen.

### Stadtnatur: Mehr Grünflächen, Bäume und Platz für Sport, Spiel und Familien

Deshalb müssen die Baugesetze so geändert werden, dass bei Neubau und Nachverdichtung die Schaffung von sozialer Infrastruktur verpflichtend wird. Auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft und das Klima müssen mehr Gewicht bekommen. Nur so schaffen wir eine klimagerechte und soziale Stadtentwicklung. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, müssen wir jetzt entschieden handeln

Julian Schwarze,  
Bezirksverordneter

## Lokalbau – Bilanz und Zukunft kooperativer Neubaustrategien in Friedrichshain-Kreuzberg

**Der Neubau von Raum zum Wohnen und für soziale oder kulturelle Nutzungen ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg wichtig, um die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern der Daseinsvorsorge zu sichern. Dabei steht Neubau im Spannungsverhältnis zur Tatsache, dass der Bezirk bereits sehr dicht bebaut ist.**

Es braucht deshalb immer eine gute Begründung für Neubau und es muss möglichst ökologisch, flächensparend und klimafreundlich gebaut werden. Grün statt grau ist das Motto. Besonders ausgeprägt in unserem Bezirk ist der Wunsch nach Mitgestaltung bei Neubauvorhaben. Leider ermöglicht die Bundes-Gesetzgebung vielen privaten Investor\*innen ihre Vorhaben weitestgehend ohne Bürger\*innenbeteiligung durchzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass in den Fällen, bei denen gesteuert werden kann, dringende Bedarfe berücksichtigt werden und Beteiligung stattfindet. Immer, wenn die Grundstücke in der öffentlichen Hand sind – oder Bebauungsplanverfahren notwendig sind –, haben wir hierfür einen Hebel in der Hand. Um dabei strategisch vorzugehen, wurde in dieser Legislatur seitens des Bezirksamts das Projekt „Lokalbau“ ins Leben gerufen.

### Die Idee

Die Idee zur Lokalbau-Strategie entstand am Anfang der Legislatur in einem Dialogprozess zwischen stadtpolitischen Initiativen und dem Bezirksamt. Bedarfe der Bevölkerung sollen frühzeitig erkannt und Grundstücke entsprechend



Florian Schmidt, Platz 2 unserer  
BWV-Kandidat\*innenliste

entwickelt werden. Gemeinwohlorientierte Projektentwickler\*innen sollen gemeinsam mit dem Bezirk, dem Land und landeseigenen Gesellschaften modellhafte Konzepte entwerfen. Insbesondere, wenn dauerhaft gemischte Nutzungen an einem Standort angestrebt werden, macht es Sinn neue gemeinsame Trägerstrukturen aufzubauen, in denen Synergien entstehen können, wie z.B. gemeinschaftlich genutzte Räume oder aktive Nachbarschaftsarbeit.

Das Lokalbau-Team unterstützt mit diesen Zielen die Entwicklung verschiedener bezirks- oder landes-

eigener Grundstücke: Beim BSR-Areal an der Mühlenstraße geht es darum, den BSR-Betriebshof zu verlagern oder zu komprimieren, damit in mitten des kommerziell geprägten Entertainment-Districts zwischen Warschauer Str. und Ostbahnhof ein sozial und kulturell vielfältiges Quartier entsteht.

### Konkrete Projekte

Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte ist Partner und soll einen großen Anteil der rund 350 Wohnungen errichten, aber auch Genossenschaften könnten zum Zuge kommen. Lokalbau entwickelt gemeinsam mit der WBM Modelle der Projektstruktur, damit verschiedene soziale Infrastrukturen des Bezirksamts und Ideen aus der Zivilgesellschaft in das Projekt integriert werden können.

### Kooperative Kulturbauoffensive

Lokalbau unterstützt das YAAM am Ostbahnhof bei der Sicherung des Kulturstandortes, damit einer der letzten Freiraumpioniere an der Spree dauerhaft erhalten bleibt. Am Standort Friedrichstraße. 18/19 in Kreuzberg, in der Nachbarschaft

des Jüdischen Museums, entwickelt Lokalbau kooperative Trägermodelle gemeinsam mit dem Fachbereich Kultur, dem Schwulen Museum und dem Projekt „Ankommen und Bleiben“, das die Schaffung von innovativem Wohnraum für Geflüchtete unterstützt.

Entstanden ist daraus die Idee einer kooperativen Kulturbauoffensive, die auch für andere Standorte anwendbar ist. Ziel ist es, über die Vergabe eines Erbbaurechts an einen Träger, z. B. eine landeseigene Gesellschaft oder eine Genossenschaft, die Nutzungsmischung und die Finanzierung des Neubaus sicher zu stellen, sowie die Immobilien dauerhaft steuerbar in der öffentlichen Hand zu halten. In der nächsten Legislatur werden die Verfahren an den genannten und weiteren Standorten von Lokalbau begleitet.

### Perspektiven

Die bisherige Arbeit hat grundsätzliche Innovationsbedarfe aufgezeigt und entsprechende Organisationsentwicklungen ausgelöst:

1. Die Organisation des politischen Willens innerhalb des Bezirksamts, um zu einer Zielvorstellung zu kommen, bedarf

strukturierter Verfahren unter Einbeziehung aller Bedarfsträger, von Kultur bis Kita.

2. Die Koordinierung der Kooperationsakteure muss extern aber unter Integration der beteiligten Akteur\*innen und Nachbarschaften umgesetzt werden. Über „Entwicklungsfahrpläne“, „integrierte Werkstattverfahren“ und neue Strategien, wie der „Kulturbauoffensive“ und „gemeinwohlorientierte Trägermodelle“ kann dies gelingen.

3. Gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklungen müssen massiv von den spekulativ in die Höhe getriebenen Bodenrichtwerten entlastet werden. Die ertragsorientierte Bodenpreisermittlung zur Berechnung von Erbbaurechtszinsen ist dabei unverzichtbar.

4. Durch Kommunikations- und Netzwerkarbeit werden sowohl potentielle Partner\*innen (z. B. über das Netzwerk GI) als auch die Bevölkerung (über Baustelle Gemeinwohl-Plattform) zur Mitgestaltung eingeladen und in politische Gestaltungsprozesse einbezogen.

Florian Schmidt,  
Bezirksstadtrat für Bauen, Planen  
und Facility Management

## Das Draußen ist für ALLE da

Für ein klimagerechtes und menschenfreundliches Xhain – Die großen Richtungsfragen werden vor Ort entschieden: Radweg oder Blechlawine? Pocket-Park oder Ballermann? Blumenwiese oder Betonwüste? Vielfältige Kiezkultur oder Kommerzmeile?

Ein Park direkt am Landwehrkanal entlang des Halleschen Ufers, Kieze ohne Durchgangsverkehr, Plätze mit Bäumen die Schatten spenden, Kinder die darunter spielen und mit Wasser plantschen, ein Konzert des Kiezchors, die Yogagruppe im Park oder der Literaturkreis im Parklet – Menschen, die das Draußen in den Kiezen mit Leben füllen: Das ist das Xhain der Zukunft.

### Der Klimanotstand ist längst da

Friedrichshain-Kreuzberg ist der am dichtesten besiedelte Bezirk Berlins. Bei uns leben sehr viele Menschen auf vergleichsweise wenig Raum. Gerade in der Pandemie spüren wir die Folgen dramatisch: Unsere Parks sind voll, es ist eng und die Müllberge werden immer größer. Der Klimanotstand ist längst da: heiße Sommer, langanhaltende Dürreperioden, Starkregen und Stürme. Darunter leiden wir Menschen, die Tiere und unsere rund 42.000 Bäume. Bei Starkregen kommt es zum Überlaufen der Mischwasserkanalisation und die Fische sterben elendig im Landwehrkanal und der Spree. Die klimafreundliche Stadt fängt das Regenwasser auf und nutzt es zum Gießen von Bäumen und Parks. Jeder Baum ist eine Klimaanlage und ein Mini-Biotop, wo der Parkplatz nur Asphaltwüste ist.

### Verkehrspolitik an den Schwächsten ausrichten

In Xhain werden die Wege überwiegend zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückgelegt, aber der Großteil der Verkehrsfläche steht dem



Clara Herrmann, Platz 1 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

Auto zur Verfügung. Das ist unverhältnismäßig. Daher setzen wir auf Fußgänger\*innen, Radverkehr und den ÖPNV. Die Verkehrspolitik muss sich an den Schwächsten ausrichten und das Ziel „Vision Zero“ (keine Verkehrstoten) verfolgen. Ich will, dass Kinder in Xhain sicher draußen spielen und zur Schule gehen können. Und dafür müssen der öffentliche Raum umverteilt, Kieze vom Durchgangsverkehr befreit, sichere Radwege gebaut und Parkplätze entsiegelt und zu Spielplätzen und Mini-Parks umgestaltet werden. Diesen Weg gehen Städte wie Kopenhagen, Barcelona, Amsterdam oder Paris. Wir brauchen grüne, nicht-kommerzielle öffentliche Freiräume und Parkanlagen für alle. Die vielen Initiativen zur Verkehrsberuhigung („Kiezblock“) im Bezirk vom Viktoriapark bis zum Ostkreuz zeigen, dass die Menschen das auch wollen.

Klimaschutz und Verkehrswende sind nicht nur ökologische Fragen,

sondern zutiefst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Wer es sich leisten kann wohnt mit Balkon in einer ruhigen Nebenstraße, fährt mit dem Auto ins Grüne, macht in einem klimatisierten Fitnessstudio Sport. Wer sich das nicht leisten kann, wohnt in einer kleinen Wohnung ohne Balkon an einer der Hauptverkehrsstraßen, leidet unter schlechter Luft, verbringt heiße Sommertage in der aufgeheizten Stadt und joggt um den Block.

### Klimaschutz und Verkehrswende: eine Frage der sozialen Gerechtigkeit

Der öffentliche Raum ist Gemeingut und muss für die Menschen da sein. Daher möchte ich unsere Kieze mit und für die Xhainer\*innen klimafreundlich und grün umbauen. „Grüne Oase statt Betonwüste“ ist mein Leitbild. Zu dieser Vorstellung vom öffentlichen Gut gehört, dass alle die Parks nutzen können, und dass sie nicht verdreckt sind. Xhain sagt dem Müll den Kampf an und der Müll sollte erst gar nicht entstehen. Ich wünsche mir einen konsequent plastikfreien Bezirk, mit Pfandbechern und wieder benutzbaren Beuteln und Verpackungen. Ja, das klingt angesichts der Müllberge unvorstellbar. Aber wer, wenn nicht wir in Xhain, sollte hier vorangehen. Wir wissen wie es gehen kann, wie unser Bezirk grüner und lebenswerter werden kann. Das Draußen ist für alle da.

■ Clara Herrmann, Bezirksstadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung

## Gemeinsam Fortschritt sichtbar machen

Angenommen der 26. September zeigt, dass die Bevölkerung die Klimakrise als dringlichstes Problem einstuft. Dann schlägt die Stunde der Xhainer CO<sub>2</sub>-Reduktionsuhr.



Britta Kallmann, Platz 6 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

So stelle ich sie mir vor: Ein sichtbarer Zähler an Rathaus und Bürgerämtern, transparent, auffordernd, mitreißend und mit dem Sinn und Zweck zu zeigen, dass wir es schaffen, CO<sub>2</sub> einzusparen. Klimaschutz ist ein gemeinsames Anliegen und so sollte es ein gemeinsames Projekt für Verwaltung, Gewerbe und Einwohner\*innen werden. Unbedingt dazu eine App, für alle einsehbar und für alle zur Beteiligung nutzbar.

Es würde sogar Spaß machen, zu überlegen, wie die Uhr mit CO<sub>2</sub>-Reduktionen gefüttert werden kann. Ideen sind ansteckend, wie die Initiativen für Kiezblocks und Verkehrsberuhigung gerade zeigen. Auch Einzelmaßnahmen hätten Platz: der Mensch, der vom Auto auf Öffis oder Rad umsteigt ... der Imbiss, der To-Go nur noch mit Mehrweg verpackt ... die Hausgemeinschaft, die neue Fenster durchsetzt ... das Geschäft, das nur noch mit Lastenrad liefern lässt ... etc. Natürlich bewältigen wir nicht als Individuen die Klimakrise. Aber Bewusstsein schafft Einverständnis mit dem kommenden wirtschaftlichen Umbau. Wie viel CO<sub>2</sub> spart Xhain durch eine bestimmte Maßnahme ein? Wir wollen verstehen, damit wir Änderungen akzeptieren. Wir wollen uns beteiligen. Die Klimawende können wir nicht einfach Expert\*innen überlassen. Wir schaffen es nur zusammen.

Für CO<sub>2</sub>-Reduktionen im großen Stil und entsprechend großen Minus-Sprüngen in der CO<sub>2</sub>-Reduktionsuhr sollte der Klimaschutzrat auf bezirklicher Ebene zusammen mit dem Klimaschutzteam des Bezirksamts be-

raten. Beide Gremien hat die BVV übrigens im Januar beschlossen. Hier meine Wünsche hinsichtlich des Ergebnisses einer solchen Beratung: z. B. dass bei Neubau und Sanierung von Rathaus, Bürgeramt und anderen bezirklichen Verwaltungsgebäuden die öffentliche Hand nicht nur Vorreiterin hinsichtlich der Nachhaltigkeit des eigenen Gebäudes wird. Wir sollten es gleich als energetisches Zentrum planen und die umliegenden Gebäude über Nahwärmenetze mitversorgen.

### Von Europa für unseren Bezirk lernen

Für die Kombination verschiedener erneuerbarer Energien gäbe es Pilotprojekte. Prüfen wir – wie in London – die Abwärme der U-Bahn zu nutzen. Prüfen wir – wie in Wien – ein ganzes Viertel mit Oberflächen-Geothermie über Straßen und Parkplätze zu versorgen. Überhaupt tut sich viel in anderen europäischen Städten, wovon wir uns in Xhain inspirieren lassen könnten. Warum nicht als Pilotprojekt alle Gebäude einer Straße mit Fassadenbegrünung dämmen und erfahrbar machen, dass die Temperatur zwei bis drei Grad kühler ist als in der Nebenstraße und dazu noch CO<sub>2</sub> gebunden wird? Das würde die Uhr füttern!

Für Pilotprojekte gibt es Fördermittel. Es gibt das Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung (BENE), es gibt die BEK Fördermittel, die kaum abgerufen werden, es gibt Fördergelder des Bundes und der EU. Wenn ich mir hier neben der CO<sub>2</sub>-Reduktionsuhr noch etwas wünschen darf, dann ist es eine Stelle für Fördermittelanträge im Bezirksamt. Geld für Pilotprojekte im Bereich Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sollte dafür sorgen, dass Klimaschutz nicht auf Kosten von bezahlbaren Mieten betrieben wird.

Xhain – der Bezirk, der schon so viel für den Rad- und Fußverkehr erreicht hat, um die 25 % der Emissionen im Verkehr zu senken, und der mit so viel Mut und Engagement gegen den Ausverkauf der Stadt vorgeht – wird Klimaschutz und bezahlbaren Wohnraum zusammenbringen und seinem progressiven Ruf gerecht sein.

■ Britta Kallmann

## Für eine radikale Mobilitätswende

Über 80 Prozent aller täglichen Wege werden in Xhain zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückgelegt. Das muss sich auch in der Verteilung des Raumes widerspiegeln.

Denn Flächen für den motorisierten Verkehr – ob fließend oder ruhend – nehmen unverhältnismäßig viel Platz ein. Deshalb ist es eine soziale und ökologische Aufgabe zugleich, den knappen Raum gerecht neu zu verteilen und ihn gemeinsam mit den Menschen so zu gestalten, dass er für Abkühlung sorgt, Menschen zusammenbringt und Aufenthaltsqualität vor allem für diejenigen bietet, die in kleinen Wohnungen ohne Balkon wohnen. Ein schönes Beispiel sind hier die Plätze der sogenannten Superblocks in Barcelona. Mein Ziel ist ein Bezirk, dessen Straßen Menschen zum Radfahren, Gehen und Sitzen ohne Zwang zum Konsum einladen, in dem saubere Luft und saftiges Stadtgrün Erholung an jeder Ecke ermöglichen. Denn grüne Verkehrspolitik heißt für mich, dass wir die Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Ich möchte, dass bei der Zahl der Verkehrstoten eine 0 steht und die Vision Zero keine Vision bleibt, und dass die Bedürfnisse von Kindern, älteren Menschen oder Menschen mit Behinderung stärker berücksichtigt werden. Ich kämpfe für eine Mobilitätswende, die feministisch und inklusiv ist!

### Sicher zu Fuß und mit dem Rad unterwegs

An häufigsten sind wir auf unseren Gehwegen unterwegs. Der erste bezirkliche Fußverkehrsplan stammt aus der Feder der Grünen Xhainer BVV-Fraktion – in der nächsten Wahlperiode gilt es, ihn umzusetzen.



Annika Gerold, Platz 3 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

Wer Radwege baut, wird Radverkehr ernten. Das zeigen die Zahlen aus 2020 ganz deutlich. Straßen, die, wie der Kottbusser Damm, gemieden wurden, werden sobald dort ein sicherer und gut befahrbarer Radweg entsteht, intensiv beradelt. Umso wichtiger, dass wir im Bezirk mit der Verstärkung der Pop-Up-Radwege in dauerhafte Radwegeinfrastruktur begonnen haben, damit alle sicherer und stressfreier durch die Stadt kommen.

Wir wollen in der nächsten Wahlperiode verstärkt Kiezblocks etablieren, also Wohnkieze ohne Durchgangsverkehr, – und unterstützen dabei auch die zahlreichen Initiativen, die es in unserem Bezirk gibt. Wir wollen den Liefer- und Lastenverkehr mit dem (Elektro-)Lastenrad stärken und

die Parkraumbewirtschaftung auf den ganzen Bezirk ausweiten.

### A100 stoppen und Klima schützen

Für all das was wir in den kommenden Jahren vorhaben, brauchen wir starke und handlungsfähige Bezirke mit ausreichend Personal, um die notwendigen öffentlichen Investitionen zu stemmen und die Umsetzung weiter zu beschleunigen. Es wäre fatal, die öffentlichen Investitionen in oder nach der Coronakrise zurückzufahren. Ein erneutes blindes Kaputtsparen bringt uns nicht aus der Krise.

Die Mobilitätswende voranzutreiben, heißt das Klima zu schützen, denn der Verkehrssektor macht rund 30 Prozent aller Emissionen aus. Der Klimanotstand verlangt jetzt von uns Einsatz auf allen Ebenen, damit Berlin trotz Hitzesommer und Wasserknappheit lebenswert bleibt.

Im Gegensatz zu den hohen Investitionen in Straßen oder den Bau neuer Autobahnen verursachen Investitionen in bessere Rad- und Fußinfrastruktur keine Klimafolgeschäden, sondern sind Grundlage einer lebenswerten Stadt. Daher lehnen wir den unnötigen Weiterbau der A100 bis zur Storkower Straße weiterhin ab und fordern den Rückbau. Denn wir wollen lieber Mobilität für Millionen Menschen anstatt einer Autobahn für Milliarden Euro.

■ Annika Gerold, Bezirksverordnete

### Und sonst noch so? | Die Kolumne



### Was heißt hier eigentlich „normal“?

Die „Rückkehr zur Normalität“ – das war der viel beschworene Wunsch der letzten Monate. Aber was genau war damit eigentlich gemeint? Da ist so einiges durcheinandergeraten. Vieles wurde uns genommen, das ist wahr. Aber war das alles „normal“? Gehört das zu uns? Oder zu unserer „Norm“? Oder ist es nur Gewohnheit?

Wir leben vom Miteinander, von der Kommunikation – das ist uns Menschen eigen. Wir wollen uns beschnuppern – herausfinden, ob wir uns riechen können. Wir wollen wissen, ob die „Chemie“ stimmt. Wir erleben die Aura eines Menschen in seiner gesamten Persönlichkeit nur unmittelbar. Wir wollen uns spüren, umarmen, berühren. Das war seit jeher so, auch in der Vergangenheit und auch in anderen Kulturen (wenn auch mit unterschiedlichen Verboten oder „Normen“ belegt).

Das kann der Bildschirm, der uns nur ein Bild zeigt und eine Stimme hören lässt, nicht ersetzen. Wo es um Austausch von Informationen

geht, mag das für den Augenblick genügen. Wo nicht, hinterlässt es Trauer und Einsamkeit. Das darf nicht zu unserer Norm werden, das ist für uns Menschen nicht „normal“.

Ein Flugzeug zu besteigen, um für eine oder zwei Wochen auf eine entlegene Insel zu fliegen, ist hingegen nicht „normal“. Das ist bestenfalls eine – vielleicht lieb gewordene – Gewohnheit. Die Kosten für diese angebliche „Normalität“ stecken im Ticketpreis ohnehin nicht drin. Für frühere Generationen war dies nicht nur nicht „normal“, sondern vollkommen undenkbar. Zur „Normalität“ gehört auch nicht, in einer Modekette für wenig Geld Textilien zu erwerben, deren Herkunft und Produktionsbedingungen der Konsument\*in völlig gleichgültig sind.

Die Chance ist da. Nicht alles, was bisher scheinbar „normal“ war, muss bleiben. Wir können es anders. Und besser!

■ Henry Arnold

# Eltern in das Zentrum der Jugendhilfe rücken

**Eltern zu stärken, um Kindern in der Bewältigung ihres Schulalltags zu helfen – mit diesem Ansatz arbeitet das Spandauer Projekt „Elternbegleitung an Grundschulen“. Ein Ansatz, den ich in seiner Ganzheitlichkeit befürworte und unterstütze.**

Das Projekt „Elternbegleitung an Grundschulen“ baut für Eltern Brücken zur Bewältigung des schulischen Alltags und zu den dafür unterstützenden Angeboten im Sozialraum. Es richtet sich an Eltern, denen die Struktur des familiären Alltags aus verschiedenen Gründen große Schwierigkeiten bereitet. Sie werden von Mitarbeiter\*innen des Projekts durch die verschiedenen – meist bürokratischen – Herausforderungen begleitet. Damit verfolgt das Projekt den Ansatz, Eltern aus der Negativ-Spirale der Überforderung und Hilflosigkeit herauszuholen und ihnen die Kompetenzen im Umgang mit Behörden und mit dem System Schule zu vermitteln. Mit dem Ziel, sie in ihrem Elternsein zu stärken, verlässliche Strukturen für den Familienalltag aufzubauen und neue Kräfte für den Umgang mit ihren Kindern zu aktivieren.

In den letzten Haushaltsverhandlungen konnte ich erwirken, dass das Projekt durch das Land Berlin gefördert wird.

Am 5.7. führte ich ein Gespräch mit Hrn. Bodemann, dem Leiter, und Hrn. Scharein, einem Sozialarbeiter des Spandauer Projekts „Elternbegleitung an Grundschulen“ (in Trägerschaft

der Johannesstift Diakonie Jugendhilfe), zur aktuellen und zukünftigen Situation des Projektes:

**Marianne Burkert-Eulitz:** *Lieber Herr Bodemann, lieber Herr Scharein, wie viele Mitarbeiter\*innen sind aktuell in Ihrem Projekt tätig?*

**Herr Bodemann und Herr Scharein:** In unserem Spandauer Projekt „Elternbegleitung an Grundschulen“ arbeiten 2 Sozialarbeiter\*innen und 3 Sozialassistent\*innen, eine der Stellen ist aber aktuell leider nicht besetzt. Einen Schwerpunkt bei der Stellenbesetzung stellen für uns unterschiedliche kulturelle Hintergründe und Sprachkenntnisse der Mitarbeiter\*innen dar, um Familien auch durch die Überwindung von kulturellen Barrieren und Sprachbarrieren zu erreichen. In unserem Team wird Polnisch, Russisch, Griechisch, Arabisch und Rumänisch gesprochen.

*Was ist das besondere an Ihrem Ansatz?*

Bei Angeboten der Jugendhilfe steht in der Regel immer das Kind im Mittelpunkt. Wir rücken dagegen

die Eltern ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Was sind aktuell ihre Herausforderungen und wie können wir sie in ihrer Elternrolle stärken? Denn das Wohlergehen der Kinder braucht sichere, kompetente Eltern. Dabei beginnen die Probleme oft ganz unten in der Bedürfnispyramide: das Abschließen von Verträgen, die Organisation der Lebensgrundsicherung, die Versorgung mit ausreichend Versicherungsschutz. In der Regel wollen sich Eltern um ihre Kinder kümmern, aber wenn die Probleme rund um die Organisation des Lebens unlösbar scheinen, stellt sich eine Verzweiflung und Zermürbung bei den Eltern ein, die sich auf die Beziehung zu den Kindern niederschlägt.

Ein weiteres Merkmal unserer Arbeit ist, dass wir von den Familien explizit als NICHT-Schule wahrgenommen werden möchten. Wir wollen den Eltern damit einen zuverlässigen Vertrauensschutz, einen sicheren Raum geben, damit sie auch mit sensiblen Problemstellungen zu uns kommen. Diese können wir dann aufgreifen und – zum Wohle der Kinder – einen Weg heraus aufzeigen. So z. B. bei Erziehungsproblemen oder in der Schuldenberatung.

*Wer ist die Zielgruppe Ihres Projekts?*

Circa 50 % der von uns betreuten Familien bringen einen Migrations- oder gar Fluchthintergrund mit. Hier haben wir häufig die Rolle der „Deutschland-Erklärer\*innen“. Wie funktioniert die deutsche Amtsstruktur? Was ist der Unterschied zwischen Nachhilfe und Sonderpädagogischem Förderbedarf? Wie erwirke ich für mein Kind Logopädiebehandlungen? All das sind Fragestellungen, bei denen wir – neben dem Ausgleich von Sprachbarrieren – vermitteln. Aber auch deutsche Familien, die Angst oder Hemmungen davor haben, Hilfsangebote anzunehmen oder sich aktiv um Unterstützung zu bemühen, stellen einen von uns begleiteten Personenkreis dar.

*Wie geht es für Sie nach dieser Legislatur weiter?*

Aktuell sehen wir unser Projekt nicht im aufgestellten Haushalt der nächsten Legislatur berücksichtigt. Dies stellt eine schwierige Situation für unsere Mitarbeiter\*innen dar, denn sie wissen nicht, ob, wann und

für wie lange ihre Verträge verlängert werden. Aber natürlich ist es auch für die Familien, die wir begleiten, eine schwierige Situation, da wir ihnen eine langfristige Betreuung nicht zusagen können. Derzeit sind wir mit vielen Familien in Kontakt bei denen sich über die Coronazeit ein Nachholbedarf in der Schule eingestellt hat. Für diese Familien wäre es besonders schwierig, wenn das Projekt beendet werden würde.

*Lieber Herr Bodemann, lieber Herr Scharein, ich danke Ihnen für das Gespräch und werde mich bei den Verhandlungen für eine Weiterfinanzierung Ihrer so wertvollen Arbeit einsetzen!*

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

## Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden

**Bis zum Jahr 2030 soll es in Berlin keinen Menschen mehr ohne Obdach geben, so lautet die Forderung der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach. Ihr Masterplan fußt neben der Prävention von Wohnungsverlust in erster Linie auf dem sogenannten „Housing First-Prinzip“, dem das Recht auf Wohnen ohne Vorbedingungen zugrunde liegt, d. h. Wohnraum mit eigenem Mietvertrag. Zwei Pilot-Projekte (davon eines für Frauen) laufen seit Oktober 2018.**

Der Weg zum Ende der Wohnungslosigkeit wird jedoch weit sein. Bis der benötigte Wohnraum zur Verfügung steht (nach dem Willen der Senatorin sollen u. a. 6.400 Microapartments der landeseigenen Berlinovo von Wohnungslosen genutzt werden), bedarf es weiterhin geeigneter Maßnahmen und Angebote. Wohnungslosigkeit wird – nicht nur in Berlin – seit Jahren lediglich verwaltet, ohne dass sich an der tatsächlichen Situation der betroffenen Menschen grundsätzlich etwas zum Positiven geändert hat. Auch schon vor der Pandemie waren die Probleme überdeutlich.

Es mangelt z. B. an Hygieneeinrichtungen (insbesondere auch für obdachlose Menschen mit Behinderungen), an ausreichend medizinischer Versorgung (insbesondere für Menschen ohne Papiere), an bedarfsgerechten, niedrigschwelligen

Tagesangeboten und an Kapazitäten aufsuchender Sozialarbeit. Viele Maßnahmen, wie z. B. die Unterbringung nach ASOG, sind mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden.

Auf Grüne Initiative hat die Rot-Rot-Grüne Regierung seit 2017 einige Verbesserungen in der Wohnungslosenhilfe herbeigeführt, wie z. B. die verlässliche Übernahme der Kosten der Unterkunft, die Einrichtung einer Krankenwohnung oder die Bereitstellung von Duschbussen. Und tatsächlich hat der Rot-Rot-Grüne Senat die Ausgaben für die Wohnungslosenhilfe in den letzten Jahren auch erheblich aufgestockt. Mit der Evaluation der „Leitlinien der Wohnungslosenhilfe und Wohnungslosenspolitik“ 2019 sowie den inzwischen fünf Strategiekonferenzen wurde versucht die Bewältigung dieser Herausforderung voranzutreiben. Aber letztlich ist dies



Claudia Schulte, Platz 11 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

lediglich der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“.

### Bündnisse schaffen Angebote im Kiez

Längst dürfte allen Akteur\*innen klar sein, dass diese Aufgabe nur gesamtstädtisch zu bewältigen ist. Allerdings dauern Prozesse wie die Einführung eines Fachstellenkonzeptes und der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung viel zu lange. Währenddessen hat sich in Xhain das „Aktionsbündnis Solidarisches Kreuzberg“ – ein Zusammenschluss von Nachbarschaftszentren und Kiezinitiativen – gegründet, um bessere Versorgungs- und Unterstützungsstrukturen für wohnungslose Menschen zu erreichen. Durch Unterstützung bzw. Förderung des Xhainer

Jugendamtes ist im Görlitzer Park unter Federführung von Gangway e. V. das sog. „CoLab“ entstanden. Hier finden Zusammenarbeit, Austausch und Aktionen verschiedener Träger, Vereine und selbstorganisierter Gruppen aus der Nachbarschaft statt. Damit werden Angebote in direkter Nähe der Betroffenen geschaffen und regelmäßiger Kontakt mit den Menschen gesucht und gepflegt.

Es dürfte Konsens sein, dass wir Wohn- und Obdachlosigkeit nicht weiter verwalten wollen. Für die konsequente Umsetzung von „Housing First“ bedarf es jedoch des politischen Willens und einer gemeinsamen Anstrengung von Land, Bezirken und Wohnungsunternehmen. Es werden viele Schritte zu gehen sein.

■ Claudia Schulte, Bezirksverordnete

## Xhain solidarisch - mit allen, für alle

Sozialpolitik ist neben Haushaltspolitik der politische Querschnittsbereich schlechthin. In Großstädten wie Berlin und insbesondere in hochverdichteten Innenstadtbereichen wie dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg fallen die verschiedenen sozialen Problemlagen als Erstes auf.

### Hilfe zur Selbsthilfe

Wohin wir gehen und sehen, begegnen wir Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenslage befinden, weil sie ohne Obdach, Aufenthaltsstatus oder Arbeitserlaubnis sind. Allzu oft auch gleichzeitig. Das lähmt die betroffenen Menschen ungewollt. Sie rutschen ab in Resignation, Depression und oft auch Sucht und Kriminalität.

Schnell wird dann der Ruf nach vermeintlichen Lösungen laut, die selbstverständlich schnell erfolgen sollen und „doch ganz einfach sind“.

Dabei verschiebt sich der Fokus zunehmend weg vom Menschen, hin zur „Sichtbarkeit“ des Problems, das „gelöst“ werden soll.

Für uns Grüne und mich als Bezirksverordneten steht fest: Die Sozialpolitik einer Gesellschaft, in der Armut und Reichtum so ungleich verteilt sind wie wohl seit Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr, muss dafür sorgen, den Betroffenen Hilfestellung zu geben, die sie zur Selbsthilfe befähigt. Einen wirkungslosen und kontraproduktiven Zwang darf es hier nicht geben. Zu dieser Selbsthilfe bedarf es niedrigschwelliger Angebote der öffentlichen Hilfesysteme. Ein zentrales Element ist die aufsuchende Sozialarbeit, die in unserem Bezirk bereits praktiziert wird, aber den Bedarf nicht abdeckt und dringend weiter ausgebaut werden muss. Die finanziellen Ressourcen hierfür kann der Bezirk alleine nicht aufbringen. Entsprechende Forderungen an das Land wurden jedoch



Magnus Heise, Platz 20 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

in den vergangenen fünf Jahren allzu oft überhört – oder wissentlich ignoriert.

### Hilfesysteme ausbauen

Es ist eine Illusion, dass es gelingen könnte, eine völlig drogenfreie Gesellschaft zu schaffen. Anstatt Zeit und Kraft für die Jagd nach diesem unerreichbaren Ziel zu verschwenden, müssen wir uns dringend damit beschäftigen, den Konsum aus dem öffentlichen Raum heraus in geschützte Räume zu verlagern, den Konsument\*innen Hilfen zum Ausstieg zu geben, wenn sie es wünschen, und das Dogma des Vorrangs der Strafverfolgung zu durchbrechen. Prävention und Unterstützung müssen Vorrang haben vor Kriminalisierung, die nur mehr Probleme schafft als löst. So haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, die Öffnungszeiten von betreuten Kon-

sumräumen deutlich auszubauen, da diese wichtigen Angebote aktuell nicht alle erreichen, die darauf angewiesen sind.

Wir bauen hierbei auf das, was Friedrichshain-Kreuzberg seit jeher ausmacht und hier gelebte Praxis ist: eine multiprofessionelle und multikulturelle Aufstellung der Hilfesysteme, die allen Menschen unabhängig von Herkunft, Sprache oder Aufenthaltsstatus eine Stütze sein kann, wenn sie sie benötigen. Wir können und wollen hier Vorbild für andere Bezirke sein. Ich möchte daher in den nächsten fünf Jahren mit voller Kraft dafür streiten, dass Hilfesysteme ausgebaut und so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Anstatt Symptome zu bekämpfen und das Problem lediglich aus dem Sichtfeld zu räumen, müssen wir zuallererst an hilfesuchende Menschen denken.

■ Magnus Heise, Bezirksverordneter

# Da ist unser Denkmal – und es muss bleiben

Seit dem 26. September 2020 steht mitten auf dem Oranienplatz in Kreuzberg ein Mahnmal in Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt: eine einfache graue Betonstele, inmitten einer Stahlplatte auf dem Boden. Auf einem Metallschild auf dieser Platte steht zu lesen: Für die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt.

Unbekannte hatten es in einer Nacht- und Nebelaktion aufgestellt. Die Initiative „Wo ist unser Denkmal?“, die ein solches schon lange fordert, hat die Patenschaft übernommen und streitet seitdem für dessen Erhalt: „Rassistische Polizeigewalt ist noch immer Alltag. Menschen müssen jeden Tag Gewalt erleben – und einige überleben diese nicht. So sind 178 Menschen seit 1990 in deutschem Polizeigewahrsam ermordet worden. An all diese Menschen wollen wir erinnern und fordern Gerechtigkeit. Dafür fehlt uns der Ort, denn die Opfer von Rassismus werden nicht nur im öffentlichen Diskurs, sondern auch im öffentlichen Raum unsichtbar gemacht. Deswegen nehmen wir uns den Ort selbst ...“ heißt es in einem Aufruf der Initiative.

## Notwendiges Zeichen

Es ist nicht entscheidend, wer das Mahnmal aufgestellt hat. Wichtig ist nun die Auseinandersetzung damit. Wieso brauchen wir einen solchen Ort, an dem wir und insbesondere die Betroffenen von Rassismus und die Opfer von Polizeigewalt und ihre Angehörigen gedenken und auch trauern können? Wir brauchen einen solchen Ort, denn das Problem wird nicht nur im öffentlichen Diskurs unsichtbar gemacht – in dem es allzu oft als Einzelfall abgetan und nach einem Vorfall viel zu schnell zur Tagesordnung übergegangen wird – sondern eben auch im öffentlichen Raum. Wir brauchen einen solchen Ort, an dem wir gedenken und auch trauern können, wenn inmitten unserer Gesellschaft Menschen, die nicht dem „Deutschland,

Aber normal“ (wie es etwa die AfD propagiert) entsprechen, jederzeit Opfer rassistischer Gewalt werden können und solange wir befürchten müssen, dass Hanau jederzeit wieder passieren kann – auch in unserem Bezirk, der sich so viel einbildet auf seine Diversität und Weltoffenheit. Und solange wir Politiker\*innen nicht verhindern können, dass viele unserer Mitbürger\*innen, unserer Nachbar\*innen vor den Vertreter\*innen und Institutionen dieses Staates Angst haben müssen. Ein Staat, der dafür verantwortlich ist, dass Menschen, die er doch schützen soll, durch ihn selbst zu Opfern rassistischer Gewalt werden.

## Nicht nur Görlitzer Park, Kottbusser Tor, Warschauer Brücke

Die „KOP – Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt“ hat eine Chronik rassistisch motivierter Polizeivorfälle für Berlin in den Jahren 2000 bis 2021 erstellt. Sie ist 342 Seiten lang. Die KOP schreibt, dass jedoch nicht davon auszugehen ist, dass die Auflistung ein vollständiges Bild zeichnet. Denn rassistische Polizeiübergriffe kämen nur selten zur Anzeige, da regelmäßig Gegenanzeigen erfolgen oder aussagebereite Zeug\*innen fehlen. Die Chancen auf Verurteilung der Polizist\*innen sei gering, auch wenn Belege vorhanden sind. Die Furcht vor weiteren negativen Konsequenzen, bspw. für den Aufenthaltsstatus von Betroffenen, führe dazu, dass die Betroffenen die Vorfälle lieber auf sich beruhen ließen. Die KOP stellt fest, es sei erschreckend, „dass sich



Silvia Rothmund, Platz 5 unserer BVV-Kandidat\*innenliste



Werner Heck, Platz 4 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

vor diesem Hintergrund eine gewisse Normalität einstellt.“ Die Betroffenen „empfinden diskriminierende Behandlung zwar nicht als gerecht, aber als üblich für deutsche Verhältnisse“ – wie beschämend! Für jeden Menschen, der migrantisch gelesen wird oder Rassismuserfahrungen hat, stellt sich also die Frage, ob er\*sie – wenn Opfer einer Straftat – die Sicherheitsbehörden ruft oder ob er\*sie befürchten muss, selbst erneut diskriminiert bzw. Opfer einer Straftat – womöglich begangen durch Polizist\*innen – zu werden. Sogenannte „kriminalitätsbelastete Orte“, ausgewiesen in Berlin – wie bspw. der Görlitzer Park oder das Kottbusser Tor –, bieten der Polizei die Möglichkeit verdachtsunabhängiger Kontrollen. Allzu häufig betreffen diese Personen, die allein aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbilds für die Polizist\*innen Anlass zur Überprüfung bieten („racial profiling“).

## Xhain - Hotspot von Racial Profiling

Unser Bezirk ist ein „Hotspot“ solcher eindeutig rassistischer polizeilicher Übergriffe. Tagtäglich werden Mitbürger\*innen in unserem Bezirk allein deshalb, weil sie nicht weiß sind, anlasslos kontrolliert und verdächtigt, respektlos behandelt, wehrlos gemacht und überwältigt, zu Opfern rassistischer Polizeigewalt. Es kann und darf nicht sein, dass polizeilich als „Gefahrenzonen“ ausgewiesene Bereiche in unserem Bezirk zu No-GoAreas, ja zu Gefahrenzonen für unsere nicht-weißen Mitbürger\*innen werden. Und es geht ja nicht „nur“ um Polizeikontrollen und „Schikane“,

sondern auch um zahlreiche „Todesfälle“ in Polizeigewahrsam in der gesamten Bundesrepublik, die immer noch nicht aufgeklärt sind. Wir erinnern an Oury Jalloh.

## Zeichen der Selbstermächtigung

Wir brauchen einen solchen Ort, ein solches Gedenkzeichen, weil es eben auch das inzwischen ist: Ein Ort, der allein deshalb, weil er nicht gnädig gewährt, sondern selbst „erobert“ wurde, Mut machen kann und macht, sich zur Wehr zu setzen, gegen die Ignoranz und das Schweigen einer weißen Mehrheitsgesellschaft, der Politik und der staatlichen Institutionen, die immer noch ignorieren, dass Rassismus und rassistische Polizeigewalt keine individuellen Verfehlungen Einzelner sind, sondern ein strukturelles Problem unserer Gesellschaft und Institutionen.

In den Worten der Initiative, die mit dem diesjährigen Silvio-Meier-Preis des Bezirks ausgezeichnet wurde: „Es ist ein Ort, der auf die Schattenseiten staatlicher Gewalt, auf die Gefahren des Wegsehens und Verschweigens und auf die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit allen Formen rassistischer Gewalt aufmerksam macht. Eine offene Gesellschaft braucht solche Orte, auch und gerade weil sie unbequeme Auseinandersetzungen einfordern und den Finger in die Wunden gesellschaftlicher Selbstverständnisse legen.“

■ Silvia Rothmund

■ Werner Heck, Bezirksverordneter



## Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

### Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)  
Laura Eckl (le)  
Werner Heck (wh)  
Anja Mallmann (am)  
Claudia Schulte (cs)  
Rike Suckert (rs)

### Freie Mitarbeiter\*innen:

Olja Koterewa (ok)  
Kilian Vitt (kv)

### Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

### Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

### Layout & Satz:

Jörn Jaath

### Auflage:

12.000

### Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck

### Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen  
Kreisverband  
Friedrichshain-Kreuzberg  
Dresdner Straße 10  
10999 Berlin

Fon: +49 30 614 31 46

Fax: +49 30 614 31 42

info@gruene-xhain.de

www.gruene-xhain.de

# Silvio-Meier-Preis 2021

Am 23.6.2021 wurde vor dem Jugendwiderstandsmuseum in der Rigaer Straße der Silvio-Meier-Preis für das Jahr 2021 verliehen. Die nunmehr sechste Verleihung dieses Preises war nicht nur, weil sie in diesem Jahr, nach dem coronabedingten Online-Intermezzo im letzten Jahr, wieder livehaftig vollzogen werden konnte, ein besonderes Ereignis.

In diesem Jahr hatte sich die Bezirksverordnetenversammlung in einer vom Vorstand der BVV initiierten Resolution nochmals ausdrücklich zum Silvio-Meier-Preis und seinem Namensgeber bekannt. Anlass war der erneute Versuch (neo)faschistischer und rechtsradikaler Medien, die sich als Sprachrohr rechtspopulistischer oder rechtsradikaler Parteien wie der AfD oder rassistischer Bewegungen wie Pegida verstehen, den Namensgeber des Preises herabzuwürdigen. In einem dieser Pamphlete, dass sich in Gänze der Hetze gegen die „Antifa“ verschrieben hatte, wurde in einem Kapitel zum „Roten Friedrichshain“ Silvio Meier als Krimineller dargestellt, dessen eigene Taten seine Ermordung provoziert hätten. Eine Praxis, die durch historische Vorbilder aus der Zeit des nationalsozialistischen Terrorsystems nur allzu bekannt ist.

Silvio Meier war ein Mensch, der mutig für Freiheit und Demokratie eintrat. Er war in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung der DDR genauso aktiv, wie in seinem Engagement gegen Rechtsextremismus. Silvio Meier wurde 1992 im Alter von 27 Jahren von Neonazis erstochen. Der Preis trägt den Namen von Silvio Meier, einem leidenschaftlichen Kämpfer für Toleranz, Freiheit und politische Emanzipation und ehrt Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aktiv gegen soziale Bevormundung, Entmündigung, Diskriminierung, soziale und kulturelle Ausgrenzung einsetzen oder eingesetzt haben.



Verleihung des Silvio-Meier-Preises 2021

Foto: Stéphane Bauer

Mit den diesjährigen Preisträger\*innen, der Initiative „Wo ist unser Denkmal“ und dem „Radio Ansage“, werden zwei Initiativen geehrt, die sich gegen das Schweigen und einen zunehmend rassistischen und ausgrenzenden Diskurs engagieren.

## Studio Ansage

„Wir geben den Menschen eine Stimme, die in anderen Medien überhört wird.“

Studio Ansage wird in Gänze ehrenamtlich ohne Aufwandsentschädigung betrieben und ist ein Zusammenschluss verschiedener engagierter Personen, Personengruppen, Vereine und anderer Zusammenschlüsse, die ein gemeinsames Ziel haben: Alternatives Radio von Allen für Alle aus Friedrichshain – für Friedrichshain und darüber hinaus. Studio Ansage sendet

über UKW seit 2005 aus der Kreuzzigerstraße 23, inzwischen über das Freie Radio Berlin-Brandenburg auf einer eigenen Frequenz 88,4. Aber eins ist über die Jahre immer geblieben: Aktive aus dem Bezirk und auch teilweise darüber hinaus, machen Radio über UKW und parallel im Internet zu aktuellen sozialpolitischen, antirassistischen Themen, über die andere Medien eher selten, gar nicht oder nur kurz berichten.

## Initiative „Wo ist unser Denkmal“

Die Initiative „Wo ist unser Denkmal?“ hat auf das Fehlen eines Gedenkortes für die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt aufmerksam gemacht. Sie setzt sich für den Erhalt des von Unbekannten am Oranienplatz in Kreuzberg errichteten Mahnmals in

Gedenken an die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt ein. Das Mahnmal hat sich in kurzer Zeit zu einem Ort des aktiven Gedenkens entwickelt. Aktivist\*innen, Betroffene und Angehörige haben ihn angenommen und auch zu ihrem Ort gemacht. Diverse Veranstaltungen finden hier regelmäßig statt, Menschen kommen, um Blumen niederzulegen, um zu gedenken, sie zünden Kerzen an, sie halten inne. Das Mahnmal ist ein Ort der sowohl Trauer als auch Kämpfe verbindet – dafür steht auch der Oranienplatz mit seiner langjährigen Geschichte als Ort des antirassistischen Widerstands.

## Konsequenzen?

Ich verstehe die einstimmige Entscheidung der Jury, in der neben Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft auch Vertreter\*innen des Bezirksrates und der Bezirksverordnetenversammlung sitzen, nicht nur als Ehrung des Engagements der Initiative, sondern auch als ein deutliches Zeichen: Das Mahnmal für die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt auf dem Oranienplatz muss bleiben. Ich sehe es nun nochmal mehr als unsere Aufgabe als Bezirkspolitiker\*innen, nun einen entsprechenden Beschluss zu fassen, der die Voraussetzungen hierfür schafft und gleichzeitig sicherstellt, dass es das bleibt, was es ist: nämlich ein Ort, der nicht gegeben, sondern gegen unser Schweigen in Besitz genommen wurde.

■ Werner Heck, Bezirksverordneter

# Teuffelsaustreibung: Die Manteuffelstraße wird zur Audre Lorde Straße

Im Februar 2019 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg auf Grüne Initiative hin, dass eine Straße in Kreuzberg nach der afroamerikanischen Aktivistin und Dichterin Audre Lorde benannt werden soll.

Audre Lorde hatte einen zentralen Einfluss auf die Entstehung der jüngeren Schwarzen Bewegung, besonders einer Schwarzen Frauenbewegung, in Deutschland. Ihre leidenschaftlichen und brillanten Texte und Vorträge inspirieren bis heute feministische, queere, lesbische, Schwarze und Women of Color-Bewegungen weltweit. Audre Lorde verbrachte während ihrer Berliner Jahre 1984 bis 1992 viel Zeit in Kreuzberg. Sie ermutigte afro-deutsche Frauen zu schreiben und durch Veröffentlichung ihrer Werke sichtbar zu werden. So entstand 1992 das Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte“, herausgegeben von May Ayim († 1996), Katharina Oguntoye und Dagmar Schultz im Orlanda Frauenverlag. Katharina Oguntoye und Dagmar Schultz sind neben der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) Unterstützerinnen des BVV-Antrages.

## Eine Straße für Audre Lorde

Mit dem Antrag haben wir ein Anliegen vieler Weggefährt\*innen aufgegriffen. Dabei legten wir uns allerdings nicht auf eine Straße fest, sondern schlugen ein offenes Beteiligungsverfahren vor. In diesem sollte die nach Audre Lorde zu benennende Straße gemeinsam mit den Weggefährt\*innen Audre Lordes, den verschiedenen Communities und unter möglichst breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft ausgewählt werden. Dabei sollten Möglichkeiten und

Gelegenheiten geboten werden, sich mit dem Leben und dem Werk Audre Lordes auseinander zu setzen.

Die Auftaktveranstaltung fand am 18. Februar 2020 im FHXB-Museum statt und stieß auf große Resonanz. Gezeigt wurde der Film „Audre Lorde – Die Berliner Jahre 1984-1992“. Es folgte eine Diskussion mit der Filmemacherin Dagmar Schultz, der Autorin und Künstlerin Ika Hügel-Marschall (beide Weggefährtinnen Audre Lordes) und anderen am Film Beteiligten. Der Film besteht aus privaten Videofrequenzen, die während der Berlinaufenthalte Audre Lordes entstanden sind. Er bot somit einen spannenden Einblick in Audre Lordes Leben, abseits ihres öffentlichen Auftretens.

Bei der 2. Veranstaltung am 5. März 2020 laschten wir einem Vortrag der Literaturwissenschaftlerin Dr. Marion Kraft zu Audre Lordes literarischem Werk und dazu, wie sie andere Schwarze Autorinnen wie bspw. May Ayim, aber auch Marion Kraft selbst inspiriert hat, zu schreiben. 2009 wurde das Kreuzberger Groebenufer nach May Ayim benannt. Auch Ika Hügel-Marschall, die aus ihrem Buch „Daheim unterwegs“ las, wurde von Audre Lorde zum Schreiben ermutigt. Abschließend trug die Kreativschaffende Jeanne Wagner zwei Gedichte von Audre Lorde vor.

Leider konnten weitere Veranstaltungen – die Podiumsdiskussion am 17. März 2020 u. a. mit Bafta Sarbo von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland sowie die Abschlussveranstaltung zur Entscheidung über die konkrete Straße am 2.

April 2020 im Ballhaus Naunynstraße – aufgrund der Corona-Pandemie zunächst nicht stattfinden. Am 2. Mai 2021 wurden diese in einer Onlineveranstaltung nachgeholt, an dessen Ende die Onlineabstimmung zur Straßenumbenennung stand. Gleichzeitig gab es für Anwohner\*innen die Möglichkeit via Postkarte abzustimmen. Zur Auswahl standen: Die Adalbertstraße, die Wrangelstraße (Abschnitt Skalitzer Straße bis Mariannenplatz mit Bushaltestelle), die Admiralstraße und der nördliche Teil der Manteuffelstraße.

## Beteiligungsverfahren abgeschlossen

Während in der schriftlichen Abstimmung der nördliche Teil der Manteuffelstraße vorne lag, war es in der Veranstaltung die Admiralstraße. Zusammengezählt lagen die beiden Vorschläge dann fast gleichauf. Bei der Präsentation der Ergebnisse im Ausschuss für Kultur und Bildung, in dem die entscheidende Beschlussempfehlung für die BVV diskutiert wurde, gab es starke Stimmen aus der Anwohner\*innenschaft der beiden favorisierten Straßen. Während Anwohner\*innen der Admiralstraße gegen eine Umbenennung ihrer Straße votierten, wurde von Anwohner\*innen des nördlichen Teils der Manteuffelstraße, seit 1852 nach dem Demokratiegegner und preußischen Ministerpräsidenten Otto Theodor Freiherr von Manteuffel benannt, die Umbenennung in Audre-Lorde-Straße ausdrücklich gewünscht.

Schließlich wurde in der Juni-Sitzung der BVV der parlamentarische Prozess abgeschlossen: Der nördliche Teil der Manteuffelstraße wird in Audre-Lorde-Straße umbenannt.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, insbesondere auch bei Dr. Marion Kraft, Ika Hügel-Marschall, Dagmar Schultz, Tahir Della und der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) sowie dem Fried-

richshain-Kreuzberg-Museum (FHXB) für die gemeinsame Gestaltung dieses Prozesses. Wir freuen uns nun auf die Umsetzung der Umbenennung durch das Bezirksamt und die hoffentlich baldige feierliche Einweihung der Audre-Lorde-Straße in Kreuzberg.

■ Annika Gerold, Werner Heck und Sarah Jerminus, Bezirksverordnete



Audre Lorde 1991

Foto: Dagmar Schulz

## Intersektional und queer

Audre Lorde, die Schwarze, lesbische US-amerikanische Dichterin und Aktivistin, die Teile ihres Lebens in Berlin und in Kreuzberg verbrachte, wird endlich in Berlin mit einer Straße geehrt und der öffentliche Raum dadurch ein winziges Stück diverser.



Sarah Jerminus, Platz 7 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

Queerbeauftragten soll dieses interdisziplinär zusammenarbeiten. Damit das Diversity Team alle Xhainer\*innen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen und Einrichtungen gut unterstützen und beraten kann, ist eine gute finanzielle Ausstattung des Teams wichtig. Wir wünschen uns, dass die verschiedenen Beauftragten in Zukunft noch stärker zusammenarbeiten und somit auch innerhalb der Verwaltung der intersektionale Ansatz weiter gestärkt wird.

Die\*der Queerbeauftragte soll Ansprechperson für alle Belange von LSBTIQ\*-Personen im Bezirk sein und sicherstellen, dass die Anliegen queerer Menschen in allen bezirklichen Bereichen berücksichtigt werden. Auch die Vernetzung mit den zahlreichen queeren Initiativen und Einrichtungen im Bezirk soll zum Aufgabengebiet gehören. Zudem ist sie\*er Ansprechperson für die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ (IGSV) auf Bezirksebene. Aus der IGSV heraus soll die\*der Beauftragte bezirksspezifische Maßnahmen entwickeln, koordinieren und bei deren Umsetzung begleiten.

Den weiteren Aufbau des Diversity Teams konstruktiv zu begleiten, feministische und queere Projekte und Einrichtungen im Bezirk zu unterstützen und ihre Anliegen in der BVV zu thematisieren – das wird in der nächsten Legislatur wichtig. Ebenso müssen wir weiterhin laut bleiben und uns konsequent gegen alle Formen von Sexismus, Homo-, Bi- und Transfeindlichkeit und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einsetzen.

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft ist überfällig – packen wir es gemeinsam an!

■ Sarah Jerminus, Bezirksverordnete

## Viel Lärm um fast Nichts

Wenn sogar Bundespräsident Steinmeier sich über die vielen verletzten Polizisten bei einem Einsatz in der Rigaer Straße äußert, was ist da los in unserem Bezirk?

Wenn Menschen angegriffen oder sogar verletzt werden, muss es eine Positionierung geben. Wir Bündnisgrünen hatten und werden auch weiterhin eine klare Haltung dazu haben. Immer wieder verurteilen wir Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung in aller Form, haben z. B. Resolutionen im Bezirksparlament eingebracht oder unterstützt.

Aber genauso wichtig ist es, genauer hinzuschauen. Immer wieder werden hohe Verletztenzahlen von der Polizei bei Einsätzen im Gebiet der Rigaer Straße zitiert. Im Rahmen der Unterstützung einer Brandschutzbegehung in der Rigaer Str. 94 im Juni 2021 erklärte die Polizei, dass es über 60 verletzte Polizist\*innen gab. Oftmals unterschlagen wurde aber, dass nur zwei davon den Dienst abbrechen mussten. Üblicherweise wird nicht angegeben, ob die Verletzungen fremd- oder eigenverschuldet waren. Auch Beleidigungen und verbale Angriffe gelten als Gewalt gegen die Polizei und werden so dokumentiert.

## Zweifelhafte Maßnahmen

Von zwei Hausprojekten im Bereich der Rigaer Straße wurde im vergangenen Jahr sehr viel berichtet, die L34 (Liebig 34, ein Eckgebäude an der Rigaer Straße) und die R94 (Rigaer 94, in unmittelbarer Nähe zur L34). Die Berichterstattung wies teilweise hysterische Züge auf und erfasste auch die Politik. Beide Häuser haben Eigentümer, die eigentlich niemand als Vermieter haben will, da sie immer wieder mit äußerst zweifelhaftem Ge-



Karl-Heinz Garcia Bergt, Platz 18 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

schäftsgebaren auffallen. Der Eigentümer der L34 ist Herr Padovicz. Viel wurde schon über ihn geschrieben; es gibt eine sehenswerte Doku über ihn in der Mediathek der ARD. Er erwarb das Gebäude in einer Zwangsversteigerung für 600.000 Euro und verlängerte den Gewerbemietvertrag nicht, was die Bewohner\*innen des Hauses dann zu Besetzer\*innen machte. Nach diversen Gerichtsprozessen gab es unweigerlich einen Räumungstitel und einen viel zu großen Polizeieinsatz mitten in der Corona-Pandemie. Der Senatsbeschluss, dass es keine Zwangsräumungen von Wohnungen geben solle, galt bequemerweise nicht, da es ja um einen Gewerbemietvertrag ging. Allein die Unterkunft und Verpflegung der eingesetzten Polizei soll laut Innenstaatssekretär 990.000 Euro gekostet haben. Während der Räumung gab es keine

Dienstunfähigkeit von eingesetzten Polizeibeamt\*innen.

Die Vertreter des Eigentümers der R94 wurden von deutschen Gerichten wegen sehr verschachtelter Organisationsstruktur (Firmensitz im Ausland) lange nicht anerkannt. Das von ihnen angestellte Personal ist aber einschlägig bekannt. Schon lange wird versucht, Bewohner\*innen des Hauses loszuwerden. Da der Rechtsweg den Eigentümernvertretern aber zu kompliziert ist, werden teils absurde Konstruktionen erfunden. So wurde befürchtet, dass eine Brandschutzbegehung dazu führen solle, dass Teile des Hauses geräumt würden. Eine Befürchtung, die nicht nur von den Bewohner\*innen geteilt wurde. Deeskalationsbemühungen des Bezirkes wurden ausgehebelt. Der Polizeieinsatz führte aber nicht zum gewünschten Ergebnis der Eigentümervertreter, deren Enttäuschung sofort medial wiedergegeben wurde. Es verwundert schon, wie sehr Berichte über diese Straße die Argumentation der Eigentümer übernehmen, obwohl sie sich im Zweifel nicht rechtsstaatlich verhalten.

Warum also erklärt sich der Bundespräsident zur Rigaer Straße, aber nicht zu den gewaltsameren Übergriffen und Demonstrationen (mit mehr dienstunfähigen Polizist\*innen) der letzten Zeit, die zum Beispiel von Rechtsradikalen oder Querdenker\*innen ausgingen?

■ Karl-Heinz Garcia Bergt, Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss

## Räume für Wachstum Spielstraßen weiter denken

Im vergangenen Jahr haben die Umstände der Pandemie es nötig gemacht, neue Räume für Anwohner\*innen zu denken: Räume zum Spielen, für Freundschaften, Tauschbasare und Nachbarschaftstreffen.

Unser Xhainer Bezirksamt hat sich – gemeinsam mit dem Bündnis Temporäre Spielstraßen – auf den Weg gemacht, pragmatische Lösungen für die Umwidmung von Straßenland zu Nachbarschaftszonen zu finden. Seitdem konnten sich immer mehr temporäre Spielstraßen in den Kiezen etablieren. Diese laden in den Sommermonaten regelmäßig zum Spielen ein und beleben damit aktiv die Nachbarschaft. Denn hier wird nicht nur gespielt – hier treffen sich auch Anwohner\*innen zu Kaffee und Gesprächen, Bäume werden gegossen und Kinderparlamente abgehalten. Dies stellt einen immensen Beitrag zur Vernetzung und sozialen Aufwertung unserer Kieze dar. Diese Arbeit wird koordiniert von unserem Bezirksamt und den dort dafür verantwortlichen Mitarbeiter\*innen. Sie wird getragen von nachbarschaftlichem Engagement und vielen ehrenamtlichen Unterstützer\*innen, die aktiv Verantwortung für ihr direktes Lebensumfeld übernehmen.

### Mehr Angebote des Bezirks auf die Spielstraßen bringen

Die Tatsache, dass eine große Anzahl der temporären Spielstraßen in diesem Jahr wieder eröffnet wurde, stellt einen Erfolg der gemeinsamen Arbeit von Bezirksamt, Verwaltung und Zivilgesellschaft dar. Doch was wäre, wenn wir die Spielstraßen noch weiterdenken und ausbauen? Wenn



Olja Koterewa, Platz 21 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

wir aktiv Hort- und Kitagruppen einladen, die Spielstraßen zu nutzen. Damit wäre ein nächster Schritt der sozialräumlichen Öffnung getan. Ein Schritt, der es Kindern ermöglicht, ihr näheres Lebensumfeld und dessen Angebote in einem geschützten Rahmen kennen zu lernen und zu erkunden. Und ein Schritt, der neue Begegnungszonen für Eltern, Institutionen und Nachbarschaft gestaltet. Räume, die zu Vernetzung einladen – wenn Eltern ihre Kinder nicht mehr nur aus den Einrichtungen abholen, sondern sich dabei aktiv in das Geschehen auf der Straße einbringen und Möglichkeiten für Austausch und Kennenlernen finden.

Wir könnten Träger der freien Jugendhilfe dazu einladen, mit ihren Angeboten auf die Spielstraßen zu

kommen. Damit wären die Angebote auch den Kindern zugänglich, die es nicht schaffen – oder sich nicht trauen – Kinderfreizeiteinrichtungen oder Schülerclubs aufzusuchen. Wir könnten Honorarverträge mit Kleinkünstlern schließen und Straßenmusik und -theater auf die Spielstraßen bringen. Ansässige Künstler\*innen könnten die Möglichkeit bekommen, ihre Werke in mobilen Ausstellungen auf den Spielstraßen zu präsentieren. Damit wäre ein niedrigschwelliger Zugang zu Kultur für ALLE Kinder und Anwohner\*innen unseres Bezirkes gewährleistet und weitere Vernetzungsprozesse und Unterstützungsmaßnahmen für Künstler ins Leben gerufen.

Diese Ideen lassen sich immer weiterdenken: das Bibi-Bike, das zu festen Terminen Straßen anfährt und damit Lese-Anreize auch zu den Kindern bringt, denen das Aufsuchen der Bibliotheken nicht möglich ist. Oder Mitarbeiter\*innen von Jugendverkehrsschulen, die mit kleinen Parcours auf den Spielstraßen unverbindlich und spielerisch Regeln des Straßenverkehrs vermitteln. Spielstraßen, als Orte der Begegnung und des sozialen Lernens können eine wichtige Stellschraube des sozial-ökologischen Transformationsprozesses unseres Bezirkes und – in seiner Vorreiterrolle – unserer gesamten Stadt darstellen. Dafür müssen Akteur\*innen gestärkt, vernetzt und ehrenamtliche Helfer\*innen strukturell unterstützt werden. Der Prozess wurde in Gang gebracht – lasst ihn uns weiterführen!

■ Olja Koterewa

## Spätis erhalten

Spätverkaufsstellen („Spätis“) sind für die meisten Xhainer\*innen aus ihrem Alltag nicht mehr wegzudenken. Doch viele der rund 1.000 meist inhaber\*innengeführten Berliner Spätis sind in ihrer Existenz bedroht.



Murat Çinar, Platz 8 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

Einerseits, weil ihnen die lange geduldete Öffnung an Sonn- und Feiertagen nunmehr bereits seit Längerem verwehrt wird. Andererseits weil immer mehr von ihnen mit steigenden Gewerbemieten konfrontiert werden. Ich selbst habe jahrelang ein Späti in Friedrichshain am Wühlischplatz geführt und kann die Sorgen der Inhaber\*innen vor Verdrängung sehr gut nachvollziehen.

Doch Spätis gehören zu Berlin und vor allem auch zur Xhainer Kiezkultur. Es handelt sich nicht um von Ketten oder großen Franchiseunternehmen geführte Unternehmen, sondern um überwiegend kleine Einzelläden, die von den Betreiber\*innen selbst aufgebaut und betrieben werden. Oftmals von Menschen, für die es schwer ist oder war, auf dem Berliner Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und Arbeit zu finden. Auch ich habe mein Späti teils nur deshalb gegründet, damit meine Eltern bei mir im Laden eine Vollzeitaktivität ausüben können. Ich wollte, dass meine

Eltern unabhängig von Ausbeutungsverhältnissen in prekären Jobs sind und deshalb habe ich, wie viele weitere Betreiber\*innen, diesen großen Schritt in die Selbstständigkeit gewagt.

Mit Spätis bauen sich Menschen eine Existenz auf, die jedoch zurzeit leider immer häufiger zerstört zu werden droht. Durch die Pandemie sind schon viele Betreiber\*innen in Bedrängnis geraten. Hinzu kommen die immer weiter steigenden Gewerbemieten. Erst vor kurzem musste wieder ein Späti schließen, da sein Vermieter (Padovicz) für eine Mietvertragsverlängerung über 30 % Aufschlag wollte. Zudem fällt mit der Untersagung der Sonntagsöffnung und der verstärkten Kontrolle durch die Ordnungsämter mit dem Sonntag als meist umsatzstärksten Tag eine der wichtigsten Einnahmequellen neben den Nachtstunden weg, die zudem ja auch das Besondere der Spätis ausmachen: nämlich das menschlich dort auch zu Zeiten versorgen kann, wo die regulären Geschäfte geschlossen sind. Weil sie hierauf nicht verzichten können, nehmen viele Betreiber\*innen lieber Bußgelder als den Verlust ihres Ladens in Kauf, der unvermeidlich wäre, würden sie diesen besonderen Service – nämlich auf zu haben, wenn alles andere zu ist – nicht anbieten können. Wenn die Spätis nicht aussterben sollen, brauchen wir unbedingt eine Deckelung der Gewerbemieten und eine Ausnahme für Spätis im Berliner Ladenöffnungsgesetz. Unsere Spätis sind eben nicht nur Verkaufsstellen, sondern ein wichtiger Teil unserer Kiezkultur. Diesen wollen wir erhalten und weiterhin unterstützen.

■ Murat Çinar,  
Bezirksverordneter

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

[www.gruene-xhain.de](http://www.gruene-xhain.de)

#### Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin  
info@gruene-xhain.de  
www.gruene-xhain.de  
Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142  
Kreisgeschäftsführerin: Nina Jürgens  
Bürozeiten:  
Di 15-18, Do 12-15 Uhr

#### Geschäftsführender Ausschuss

Enad Altaweel, Aida Baghernejad,  
Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt,  
Johanna Haffner, Dorothee Marquardt,  
Michael Schneiß, Anika Wiest

#### Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

#### Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965  
fraktion-xhain@gruene-berlin.de  
www.gruene-xhain.de/bvv\_fraktion  
Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930  
Fraktionsassistentin: Iris Burkhardt

#### Bürozeiten:

Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

#### Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Claudia Schulte, Julian Schwarze, Pascal Striebel

#### Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin  
info@gruene-jugend-berlin.de  
www.gruene-jugend-berlin.de  
Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75  
Treffen: Mo 19 Uhr

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN  
Friedrichshain-Kreuzberg

#### Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin  
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de  
Fon: 2325 2401 – Fax: 2325 2409  
Turgut Altug, direkt gewählt |  
Fon: 2325 2430  
Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |  
Fon: 2325 2461  
Antje Kapek | Fon: 2325 2401  
Katrin Schmidberger, direkt gewählt |  
Fon: 2325 2474  
Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446  
Fatoş Topaç | Fon 2325 2427  
Daniel Wesener | Fon 2325 2421

#### Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek und Daniel Wesener | Dein grünes Büro  
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin  
Mo und Di 10-14, Do 15-18 Uhr  
Fon: 5210 1794

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger und Dr. Stefan Taschner  
Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin  
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr  
Fon: 2362 9300

#### Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram  
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost  
www.bayram-gruene.de  
Parlamentsbüro:  
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin  
canan.bayram@bundestag.de  
Fon: 2277 8144 – Fax: 2277 0143

Wahlkreisbüro:  
canan.bayram.wk@bundestag.de

Kreuzberg:  
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin  
Fon: 6165 6961

Friedrichshain:  
Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin  
Fon: 46 79 35 30

## Sport und Bewegung in seiner Vielfalt stärken

In den letzten Jahren hat sich das Sportverhalten der Bürger\*innen in Friedrichshain-Kreuzberg verändert. Immer mehr Menschen treiben Sport ohne Vereinszugehörigkeit. Die Bürger\*innen treffen sich informell und trainieren mit Freund\*innen oder alleine.

Mittlerweile sind es schon über eine halbe Million Menschen, die berlinweit ohne Vereinszugehörigkeit Sport treiben. Es handelt sich dabei um das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder kicken auf dem Dach des Discounters. Sport findet im Bezirk nicht mehr nur im Verein statt. Zum Sportalltag vieler Bürger\*innen gehören auch die privaten Tanzstudios und Karateschulen, die Schauplatz für Kommunikation, Gesundheitsförderung, Integration, Kinder- und Jugendförderung, Frauen- und Mädchensport sind. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft.

### Inklusiver Sport

Wir von Bündnis 90/Die Grünen erkennen alle Formen des Sport als Teil des Sportgeschehens unseres Bezirkes an. Deshalb setzen wir uns auch für den inklusiven Sport ein. Sport- und Bewegungsangebote müssen allen Menschen offen stehen – egal welche körperlichen oder psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches Alter, welche sexuelle Orientierung bzw. Identität, welche sozialen und finanziellen Hintergrund, welche Religion der oder die Einzelne hat. Das gilt für den organisierten als auch für den vereinsungebundenen Sport. Unsere



Jutta Schmidt-Stanojevic, Platz 15 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

Vision ist es, dass alle Sportstätten, Schwimmbäder und Sportangebote barrierefrei ausgebaut, saniert oder umgebaut sind, damit alle Menschen ob mit Behinderung oder ohne gemeinsam Sport treiben können. Dazu müssen zusätzliche Flächen im Bezirk ermittelt werden, die inklusiv, multifunktional und nachhaltig ausgebaut, saniert oder neugebaut werden.

Auch sollen öffentliche Parks und andere Freiflächen sowie Sporträume gezielt für niedrigschwellige Sport- und Bewegungsangebote den Sportvereinen und freien Sportgruppen zur Verfügung stehen, wie z. B. die Tragfluthalle

im Görlitzer Park. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass bei der Vergabe von Sportflächen und Bewegungsräumen diese zu 50 % den freien Sportgruppen und Individualsportler\*innen zur Verfügung stehen. Zusätzlich müssen Flächen auf den Schulhöfen und Schulsportflächen für freie Sportgruppen und den Frauen- und Mädchensport zur Verfügung gestellt werden. Meine Vision ist es, dass die Infrastruktur für Bewegungsinteressierte und Sportler\*innen im öffentlichen Raum ausgebaut werden.

- Dazu gehören frei zugängliche:
- Sport- und Bewegungsräume bzw. Flächen,
  - beleuchtete Plätze,
  - kostenfreie Toiletten,
  - Lager- und Umkleemöglichkeiten,
  - analoges Informationssystem zu bestehenden Angeboten.

Meine Vision ist es, dass in Zukunft alle Bauunternehmer\*innen dazu verpflichtet werden, ein öffentlich zugängliches Bewegungsangebot zu schaffen. Uns von Bündnis 90/Die Grünen ist es zudem auch wichtig, dass private Sportanbieter wie z. B. Karateschulen vor Verdrängung geschützt werden.

■ Jutta Schmidt-Stanojevic,  
Bezirksverordnete

## Für die sozial-ökologische Transformation

Statt bestehende Strukturen zu verwalten, packen wir Grüne in Friedrichshain-Kreuzberg die Themen grundsätzlich an. Wem gehört der öffentliche Raum? Wem gehört die Stadt? Wie leben wir internationale Solidarität? Doch wir stellen nicht nur Fragen, sondern liefern auch die Antworten: Bestehende Strukturen in der Finanz- und Verwaltungspolitik müssen von Grund auf neu gedacht werden. Nur so geht progressive Politik!

Unser Bezirkswahlprogramm macht klar: Wir wollen was bewegen! Dafür müssen wir bestehende Strukturen an vielen Stellen noch deutlich mehr umbauen und reformieren. Wir wollen die öko-soziale Transformation vor Ort umsetzen und damit auch die vermeintlich „höheren“ Politikebenen durch Fakten zum Nachziehen bewegen. Kommunalpolitik ist bei uns eben nicht „unten“, grüne Kommunalpolitik in Xhain ist Avantgarde!

Und die kostet Geld: Als Vorsitzender des BVV-Haushaltsausschusses musste ich miterleben, wie stark die Kräfte sind, die sich nach Konsolidierung statt nach Zukunft sehnen! Der größte Erfolg der vergangenen Legislaturperiode ist es deshalb, dass es gelungen ist, die Bezirke nicht länger als Sparschweine für das Land Berlin zu missbrauchen. Doch mit Klimakrise und Corona-Pandemie haben wir nun mindestens zwei existenzielle Krisen vor der Brust. Wir werden uns kein erneutes Sparen als Selbstzweck leisten können. Was jetzt ansteht sind Investitionen: ins Gesundheitsamt, in die Kultur, in Grünflächen und in die Umverteilung des öffentlichen Raums. Für uns heißt investieren, heute das notwendige Geld in die Hand nehmen, um morgen die Pariser Klimaziele zu erreichen! In unser Grünes Landeswahlprogramm haben wir deshalb auch die Forderung nach einem Bezirkfinanzierungsgesetz eingebracht: Für klare Finanzierungsregeln und nachhaltige Investitionen in den Bezirken – so schaffen wir Strukturen für die sozial-ökologische Transformation!



Tobias Wolf, Platz 12 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

Neben den Einsparungen wurden in der Vergangenheit viele öffentliche Aufgaben privatisiert oder gar einfach eingestellt. Viele öffentliche Gebäude und Parks sind marode oder in desolatem Zustand. Sie sind die traurigen Zeugnisse der Zukunftsvergessenheit von gestern. Wir wollen mit Rekommunalisierungen wieder handlungsfähige und qualitativ-hochwertige Verwaltungsstrukturen aufbauen. Bestehende Verwaltungshierarchien müssen flacher werden, Prozesse digitalisiert, das Personal diverser und die Leitungskräfte besser qualifiziert werden. Transparenz und demokratische Kontrolle müssen deshalb ausgebaut werden. Die Bezirksverwaltung wollen wir so umbauen, dass sie unsere Ziele auch erfolgreich umsetzen kann. Beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg sollen die Menschen das Gefühl haben, dass das ihre Verwaltung ist! Gemeinsam mit den Friedrichshain-Kreuzberg\*innen treibt unsere Verwaltung deshalb die sozial-ökologische Transformation voran.

■ Tobias Wolf, Bezirksverordneter

## Bezirkswende jetzt

**Jetzt kommt es darauf an: Die nächste Legislatur sind fünf der acht Jahre, die wir noch haben, um die 2-Gradziele zu erreichen. Das sind die kreuzwichtigen Jahre, in denen wir entweder die Bezirkswende schaffen oder von uns selbst und anderen künftigen Xhainer\*innen verflucht werden, weil wir ihnen keinen lebenswerten Ort übergeben können.**

Werden wir das Notwendige tun? Das bedeutet den Bezirk so umbauen, dass man hier in größerer Hitze leben kann; dass der kostbare Niederschlag nicht schnell abläuft, sondern versickert; dass wir keine Anreize mehr für das Besitzen, Fahren und Parken von Autos geben, sondern den Verkehr endlich an den Klimanotmaßnahmen beteiligen. Dazu gehört auch, dass wir Autobesitzer\*innen nicht mehr bevorzugen, indem sie unsere kostbaren öffentlichen Flächen kostenlos vollstellen dürfen. Dafür muss der erste autoarme Kiez her! Ein Kiez, der als Leuchtturm für alle anderen Kieze, die Stadt und darüber hinaus wirken kann. Denn den Raum brauchen wir für die Xhainer\*innen und ihre Bedürfnisse, nicht für Blechdosen.

Wenn wir von unseren Schulen und unseren Parks ausgehen, dann können wir Laufschrift für Laufschrift Straßen zu Wegen und Plätzen machen – ohne Asphalt, ohne motorisierten Individualverkehr, nur mit Lieferzeiten, Versorgungs- und Notfallverkehren für Fahrzeuge. Und sonst werden wir auf den neuen Flächen viel Fahrrad fahren, uns treffen, Sport machen können, die Kin-



Florian Fleischmann, Platz 27 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

der spielen lassen und noch vieles mehr. Das wird nicht allen gefallen. Aber wenn wir allen Kritiker\*innen nachgeben, dann wird jeder Parkplatzrückbau zur letzten Schlacht der Verkehrswendebremsen\*innen. Wir werden nicht mit allen reden können,

## Lehren aus der Pandemie ziehen

Den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Von der Arbeit der bezirklichen Gesundheitsämter haben viele Berlinerinnen und Berliner wohl in der Corona-Pandemie zum ersten Mal erfahren. Dabei bilden die Gesundheitsämter schon immer die tragende Säule des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Berlin und auch anderswo. Der öffentliche Gesundheitsdienst gilt, neben der ambulanten und der stationären Versorgung, traditionell als die dritte Säule des Gesundheitssystems in Deutschland. Sein Aufgabenspektrum ist dabei so vielfältig wie unabdingbar. Von den, vielleicht noch weitläufig bekannten, Einschulungsuntersuchungen über Hilfe für psychisch kranke Menschen in Krisensituationen bis hin zu Präventionsmaßnahmen, die ein langes gesundes Leben für die Menschen sicherstellen sollen, ist alles dabei.

Für diese gesellschaftlich wichtigen Aufgaben muss der ÖGD natürlich gut aufgestellt sein. Leider hat hier in der Vergangenheit aber allzu oft eine eher stiefmütterliche Behandlung durch die Politik stattgefunden. Ein besonders gravierendes Problem ist die personelle Ausstattung des ÖGD. Zwar konnten hier in der Vergangenheit leichte Verbesserungen erreicht werden. Corona hat aber gezeigt,



Dominik Pross, Platz 24 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

dass es damit nicht getan ist. Insoweit ist die Pandemie durchaus eine Chance, die es zu nutzen gilt. Den nötigen Hebel dazu hat uns – motiviert durch die Pandemie – der Bund mit dem Pakt zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes an die Hand gegeben. Kernstück des Paktes ist die Aufstockung des im ÖGD tätigen Personals und zwar über alle Ebenen

(ärztliches Personal, nicht ärztliches Fachpersonal und Verwaltungspersonal) hinweg. Hier gilt es, darauf zu achten, dass der über die nächsten sechs Jahre berechnete und beabsichtigte Personalzuwachs auch tatsächlich bei den Gesundheitsämtern ankommt.

Genauso wichtig wie eine gute personelle Ausstattung und die angemessene Bezahlung des Personals ist, wieder einmal hat es die Pandemie mehr als deutlich gezeigt, eine gute technische Ausstattung. Das bedeutet heutzutage vor allem Digitalisierung. Leider hinken nicht nur die Gesundheitsämter, sondern die gesamte Berliner Verwaltung in dieser Hinsicht der Zeit hinterher. Aber auch hieran wurde bei der Erarbeitung des Paktes zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes gedacht. So stellt der Bund auch zur Verbesserung der technischen Infrastruktur des ÖGD finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Verteilung und genaue Verwendung dieser Mittel wird zurzeit noch ausgearbeitet. Auch hier ist dringend angezeigt, aus bezirklicher Perspektive ein Auge auf diesen Prozess zu haben.

■ Dominik Pross

## Rekommunalisierung der Schulreinigung

Um gut lernen zu können, brauchen Kinder und Jugendliche eine saubere Lernumgebung. Das ist leider nicht immer der Fall. Schon lange setzen wir uns dafür ein, dass die Qualität bei der Schulreinigung verbessert wird.

### Unser Ziel heißt Rekommunalisierung

Wir wollen nicht nur die Qualität verbessern, sondern die Schulreinigung grundlegend umkrempeln. Vor ein paar Jahrzehnten ist die Reinigung in Berlin – wie auch andernorts – sukzessive an Firmen „outgesourct“ worden – ein schwerwiegender Fehler, den wir korrigieren möchten.

Mit der Vergabe an Firmen gewinnt häufig das günstigste Angebot, zu Lasten der Qualität und der Arbeitsbedingungen. An den Schulen arbeitet häufig wechselndes Personal, dem zu wenig Zeit für die Reinigung der Räume zur Verfügung steht. Gleichzeitig sind im Reinigungsgewerbe gerade bei Billiganbieter\*innen leider weiterhin prekäre Arbeitsbedingungen mit kurzen Kündigungsfristen und schlechter Absicherung im Krankheitsfall an der Tagesordnung. Gewerkschaften berichten auch immer wieder von Fällen illegaler Beschäftigung und unbezahlter Überstunden. Wer gute Arbeit in Berlin will, muss hier umsteuern!

Die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln haben sich vielfach für die Rekommunalisierung der

Schulreinigung, also die Reinigung durch eigenes Personal anstelle von Fremdfirmen, ausgesprochen. Bisher sind die konkreten Schritte dorthin von den Schulstadträt\*innen Andy Hehmke (SPD) und Karin Korte (SPD) noch nicht aufgezeigt worden.

Auch in anderen Bezirken und landesweit unterstützen wir Grüne dieses Vorhaben. Acht Bezirksverordnetenversammlungen – darunter Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln – haben mit den Stimmen der grünen BVV-Fraktionen Beschlüsse für die Rekommunalisierung der Schulreinigung gefasst. Diese Anträge gingen vor allem auf das Engagement der Initiative „Schule in Not“ zurück, die sich gemeinsam mit den Gewerkschaften GEW, IG Bau und ver.di für saubere Schulen, faire Arbeitsbedingungen in der Schulreinigung und gute Lernbedingungen für die Schüler\*innen einsetzt, in den Bezirken Unterschriften für Einwohner\*innenanträge bzw. ein Bürger\*innenbegehren sammelte und somit verdeutlichte: Der Handlungsdruck ist groß!

### Bezirke und Land müssen zusammenarbeiten

Die Reinigung der Schulen ist in Berlin Bezirkssache. Doch ohne die Landesebene geht es auch hier nicht. Für ganz Berlin gehen Schätzungen von einem Bedarf von rund 2.000 zusätzlichen Stellen in den Bezirken aus. Um dafür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, müssen Bezirke und Senat gemeinsam

ein Konzept zur schrittweisen Rekommunalisierung erarbeiten und das Abgeordnetenhaus die nötigen Mittel für die Umsetzung in den künftigen Doppelhaushalten ab 2022/2023 entsprechend einplanen.

Dazu gehört auch eine Fortführung der neu eingeführten Tagesreinigung an den Schulen. Diese konnte über zusätzliche Mittel für die Bezirke aus dem Haushalt 2020/2021 finanziert werden und ist ein wichtiger Zwischenschritt für die längst überfällige Verbesserung der Sauberkeit in den Schulen.

In Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln haben die BVVen auf Grüne Initiative hin die Schulstadträt\*innen aufgefordert, der BVV vor Abschluss der laufenden Wahlperiode einen Stufenplan zur schrittweisen Umstellung der Reinigung der bezirklichen Schulgebäude auf Eigenreinigung in kommunaler Trägerschaft vorzulegen, wie es auch die beschlossenen Einwohner\*innenanträge zu den „Sauberen Schulen“ vorsehen. Für die Schulen, an denen in einem ersten Schritt die Eigenreinigung angestrebt wird, sollen die derzeitigen Verträge mit den Reinigungsfirmen bis zum Ende der Vertragslaufzeit im Sommer 2022 gekündigt werden. Unser Ziel ist es, die Schulreinigung bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode vollständig zu rekommunalisieren.

■ Annika Gerold, Bezirksverordnete

■ André Schulze, Bezirksverordneter in Neukölln

bevor wir flächendeckend handeln. Es wird spannend werden, zu sehen, ob wir das als BVV in Xhain aushalten können. Sonst kommt am Ende nur ein kleinster gemeinsamer Nenner heraus, der niemanden vor der Stadthitze zu retten vermag.

### Leuchtturm für eine verkehrsberuhigte Stadt

Aber wenn wir den ersten autofreien Kiez im Bezirk haben; wenn

wir einen Görli haben, der nicht mehr klein und übernutzt ist, sondern vom Spreuefer zum Landwehrkanal reicht; wenn eine der großen Verkehrsachsen im Bezirk zur Hälfte Radweg ist; wenn wir eine Transportinfrastruktur haben, die nicht mehr vom 20-Tonner LKW auf der Spielstraße getragen wird; wenn wir keiner und keinem getöten Radfahrer\*in im Bezirk ein weißes Fahrrad an den Unfallort stellen müssen; wenn wir Xhain von der Autolobby der 50er Jahre zurück geholt haben – dann sind wir langsam

auf dem Weg zu einem Bezirk, in dem man auch in der Klimakatastrophe noch leben kann.

Ich möchte in den anstehenden klima- und verkehrspolitischen Debatten mithelfen und die Entscheidungen im Bezirk so mit beeinflussen, dass er uns allen erhalten bleibt, wir mehr davon haben und ihn in einem guten Zustand weitergeben können. Bezirkswende jetzt!

■ Florian Fleischmann

# Lebenswerte Kieze & eine lebenswerte Stadt

Stell Dir vor, Du trittst aus deiner Haustür und die Kinder spielen auf breiten Bürgersteigen, es gibt Bänke in der Straße und Grünzonen, wo du dich ausruhen oder dich mit Freund\*innen treffen kannst.

- Du hast kurze Wege und kannst alles bequem zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen.
- Für längere Strecken nutzt du einen Bus, ein anderes öffentliches Verkehrsmittel oder ein (Car-) Sharing Angebot
- Es gibt nur noch wenig Autoverkehr und jede\*r kann ihr Ziel sicher erreichen – Grüntangenten durchziehen die Stadt.
- Der motorisierte Individualverkehr ist weitgehend ersetzt durch einen flächendeckend gut ausgebauten ÖPNV – Autos parken an Sammelplätzen und in Parkgaragen.
- Lieferverkehr, Kranken- und Rettungswagen sowie Fahrzeuge mit Sondergenehmigungen (z. B. Schwerbehinderte) sind selbstverständlich weiter zugelassen überall zu fahren.

Du meinst, das ist eine Utopie? Andere Städte machen es längst vor. Nicht nur in Europa. Im internationalen Vergleich können wir immer wieder sehen, dass sich die Menschen in Großstädten wie Kopenhagen, Oslo, Paris, Barcelona eine neue Lebensqualität für ihr Wohnumfeld wünschen.

Auch bei uns wurde in zahlreichen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen u. a. zur Bergmannstraße dieses Bild gezeichnet. Der Wunsch, die Stadt als



Vision Uferpark am Landwehrkanal aus der Studie „Mehr Grün in Friedrichshain – Kreuzberg“ (2019)

Grafik: bgmr-Giseke

Lebensraum zu nutzen, ist auch ein Ergebnis vieler anderer Beteiligungsverfahren, die in Xhain in verschiedenen Quartieren mit Bewohner\*innen durchgeführt wurden. Ich sage nicht, dass es nicht auch Gegenstimmen gibt und diese sind oft sehr lautstark, dennoch behaupte ich, dass das oben gezeichnete Bild den meisten Menschen gefällt.

Auf Grundlage des Mobilitätsgesetzes widmen wir neben dem ÖPNV dem Rad- und Fußverkehr unser ganzes Augenmerk. Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe

aller Verkehrsteilnehmer\*innen erreichen. Ein dichtes Radwegenetz mit Schnellstrecken, Fahrradstraßen und verkehrsberuhigten Zonen in den einzelnen Stadtteilen durchzieht die Stadt. Eine schöne Zukunftsvision ist beispielsweise, das Hallesche Ufer zur Grüntangente werden zu lassen und den Autoverkehr nur noch auf einer Seite zuzulassen.

- Wir wollen, dass Kinder und Familien sich sicher im Kiez bewegen können und werden alles daransetzen, dass jeder Stadtteil

ein Netz von Spielstraßen und Grünzügen, die bezirksübergreifend verbunden sind, aufweist.

- Wir setzen uns dafür ein, dass es möglichst viele Zonen gibt, in denen Rad- und Fußverkehr den Vorrang haben.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir weiterhin Bürger\*innenbeteiligung konsequent umsetzen und Initiativen der Zivilgesellschaft unterstützen.

Eine lebenswerte Stadt muss sich immer wieder den Bedürfnissen der

Menschen anpassen, nicht umgekehrt. Die Zukunft der Stadt hängt davon ab, wie sie sich auf Veränderungen einstellt – das ist Sache der Politik. Nach den Erfahrungen von Martin Aarts, Stadtplaner aus Rotterdam wollen die meisten Großstädter\*innen dieselben Dinge: Sie wollen sicher, grün und gesund leben. Sie wünschen sich bezahlbaren Wohnraum, Straßen mit Bäumen, Spielraum und Grünanlagen, gute Schulen, schnell erreichbare Infrastruktur, Kultur und gesunde Luft.

Es geht nicht um das Auto oder das Fahrrad, sondern um Lebensqualität für alle. Die Politik von Bündnis 90/Die Grünen in Xhain hat bislang bewiesen, genau dieses Ziel zu verfolgen. Und genau dafür möchte ich mich als Bezirksverordnete in Xhain ebenfalls einsetzen.



Foto: kv

Anne Burckhardt-Schön, Platz 29 unserer BVV-Kandidat\*innenliste

■ Anne Burckhardt-Schön

## Was, wenn das letzte Haus geräumt ist?

**Berlin rühmt sich gerne als Ort der Vielfalt, als Stadt der Freiheit, als Platz, wo mensch sein kann, wie mensch will. Verrückt und gleichzeitig attraktiv: Dit is Berlin. Und dieser Ruf macht die Stadt zum Anziehungspunkt für Menschen aus aller Welt, genauso wie vom Dorf. Berlin ist ein Sehnsuchtsort für viele, die hier ein Zuhause finden, das sie nirgends anders finden könnten.**

Eine lange Historie liegt hinter dieser Entwicklung. Nach dem zweiten Weltkrieg durchlebte Berlin die Teilung. Bereits in der Zeit vor der Wiedervereinigung von Ost und West prallten hier unterschiedlichste Lebensrealitäten aufeinander, vieles konnte ausprobiert werden und wurde es auch. Gerade unseren Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg hat das geprägt wie kaum einen anderen Ort in dieser Stadt. Spätestens mit den 70ern kamen Künstler, Kreative, Intellektuelle, Punks und Freigeister nach Kreuzberg und füllten die Kieze mit Leben. Ob sie damit die Vorboten der sogenannten „Hipster“ waren, darüber lässt sich trefflich streiten. Aber sie haben den Bezirk und den Ruf von Kreuzberg und Berlin weit über die Grenzen der Stadt getragen. Leerstehende Häuser wurden besetzt, alternative Lebenskonzepte konnten aufblühen, eine Mischung aus Kreativität und Chaos – aber mit einem einzigartigen Charakter. Bei aller Unterschiedlichkeit: Solidarität wurde damals schon großgeschrieben. So besang Rio Reiser 1972 den Mariannenplatz: „Sag mal, ist hier heut 'n Fest?“ „Sowas ähnliches“, sagte einer, „das Bethanien wird besetzt“. Das rebellische Kreuzberg – bis heute ein Teil der Berliner „Marke“.

### Das neue Xhain

Nach der Wende wuchsen Friedrichshain und Kreuzberg zusammen. Auch hier entstanden neue Freiräume. Aus dem über Jahrzehnte unbeliebten

Grenzgebiet wurde ein pulsierendes Zentrum für Kunst und Kultur. Auch hier waren Hausbesetzungen Teil der städtischen Entwicklung. Über 30 Jahre später ist Xhain immer noch etwas anders, etwas lauter, etwas aufmüpfiger. Die Attribute haben sich der Bezirk und seine Einwohner\*innen – ob nun schon lange hier lebend oder neu zugezogen – bis heute behalten und sind nicht selten auch etwas stolz darauf. Und die besetzten Häuser? Sie sind zum größten Teil integraler Bestandteil der Kieze, oftmals über die Jahre von den Bewohner\*innen erworben oder (legal) übernommen, über Genossenschaften oder das Mietshäusersyndikat in Eigentum oder in gemeinsame Bewirtschaftung überführt.

### Rechtsfreie Räume?

Das ist nicht in allen Fällen gelungen. Einige Gebäude mit langer Geschichte sind zum Streitpunkt der Berliner Landespolitik geworden. Die Meuterei, das Syndikat, die Liebig34 und die Rigaer 94. Medial wird sich ihrer immer wieder als Austragungsort der Diskussion um Keimzellen des Linksextremismus bedient. Es wirkt, als haben sich in den letzten Monaten Allianzen von konservativen Medien, vom Springer Verlag bis hinein in Tagesspiegel und rbb und einem Zusammenschluss politischer Parteien von AfD, CDU, FDP bis hin zu Teilen der SPD im Vorwahlkampf gebildet. Das Ziel ist offensichtlich, noch vor den Wahlen auch die letzten auto-

nomen Freiräume – insbesondere in Xhain – unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Keimzellen linksextremistischer Gewalt zu schleifen und damit bei den Wähler\*innen der sogenannten „bürgerlichen Mitte“ zu punkten.

Von No-Go-Areas bis zu rechtsfreien Räumen ist die Rede, von Feind\*innen des Rechtsstaates, die Eigentum missachten und doch eigentlich aus den Kiezen „rausgeprügelt“ werden sollten. Ein ziemlich wirres Verständnis von Rechtsstaat und eine Dekonstruktion sämtlicher historischer Entwicklungen und erst recht der Lebensrealität der Nachbarn der jeweiligen Kieze.

Politikversagen ist der Vorwurf. Dieser Aussage stimmen wahrscheinlich vom Investor bis zur Hausbesetzerin alle zu, doch eben aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Die einen wollen um jeden Preis ihr Recht auf Eigentum und hunderte Prozente von Rendite durchgesetzt bekommen, die anderen beklagen, dass die Politik nur ein Spielball kapitalistischer Interessen geworden ist. Und wir Grüne in Friedrichshain-Kreuzberg – mittendrin in einer Gemengelage, in der man es niemandem wird recht machen können. Weil der Bezirk eben auch nicht immer alle Probleme der Welt zu lösen vermag, auch wenn wir es immer wieder gerne versuchen.

Doch worum geht es nun? Ja Kritik – nicht Gewalt – ist berechtigt, gegen den Kapitalismus, gegen den Wohnungsmarkt, gegen renditeorientiertes Monopoly, dass die Bewohner\*innen in den Kiezen oftmals machtlos dastehen lässt. Genauso gibt es geltendes

Recht, das nun eben gerade von Politiker\*innen in Verantwortung umgesetzt werden muss.

### Gewollte Eskalation

Zuletzt eskalierte es einmal wieder um eines der wenigen verbliebenen teilbesetzten Häuser, die Rigaer 94. Die halbe Republik wurde plötzlich zu Brandschutzsachverständigen und Expert\*innen in Miet- und Eigentumsrechtsfragen, während unser Baustadtrat Florian Schmidt nach einer Lösung im Sinne des vorgebrachten Arguments – dem Brandschutz – versuchte, einen erneuten überdimensionierten Polizeieinsatz zu vermeiden, wie ihn nicht nur der Nordkiez schon öfter erleben musste. Alle Augen auf die Rigaer, die Kolumnen, Blogs und Twitterfeeds ließen unaufhaltsam ein ideologisches Feuerwerk aufsteigen, das sich in seiner Reaktion immer weiter aufschaukelte. Nur um den Brandschutz ging es schon lange nicht mehr – oder besser gesagt noch nie.

Der Konflikt eskalierte an dieser Stelle leider einmal mehr zu Lasten der Nachbarschaft mit brennenden Barrikaden und Steinwürfen. Ein Worst-Case-Szenario, dass zumindest nicht ganz unvorhersehbar und sicher von einigen auch gewollt war. Unsere Antwort lag und liegt immer in der Suche nach politischen Lösungen, die eben solche Situationen nicht provozieren, sondern verhindern. Kurz gesagt: Langeweile für die Polizei und ausbleibende Revolution für die Hausbesetzer\*innen. Politische Lö-

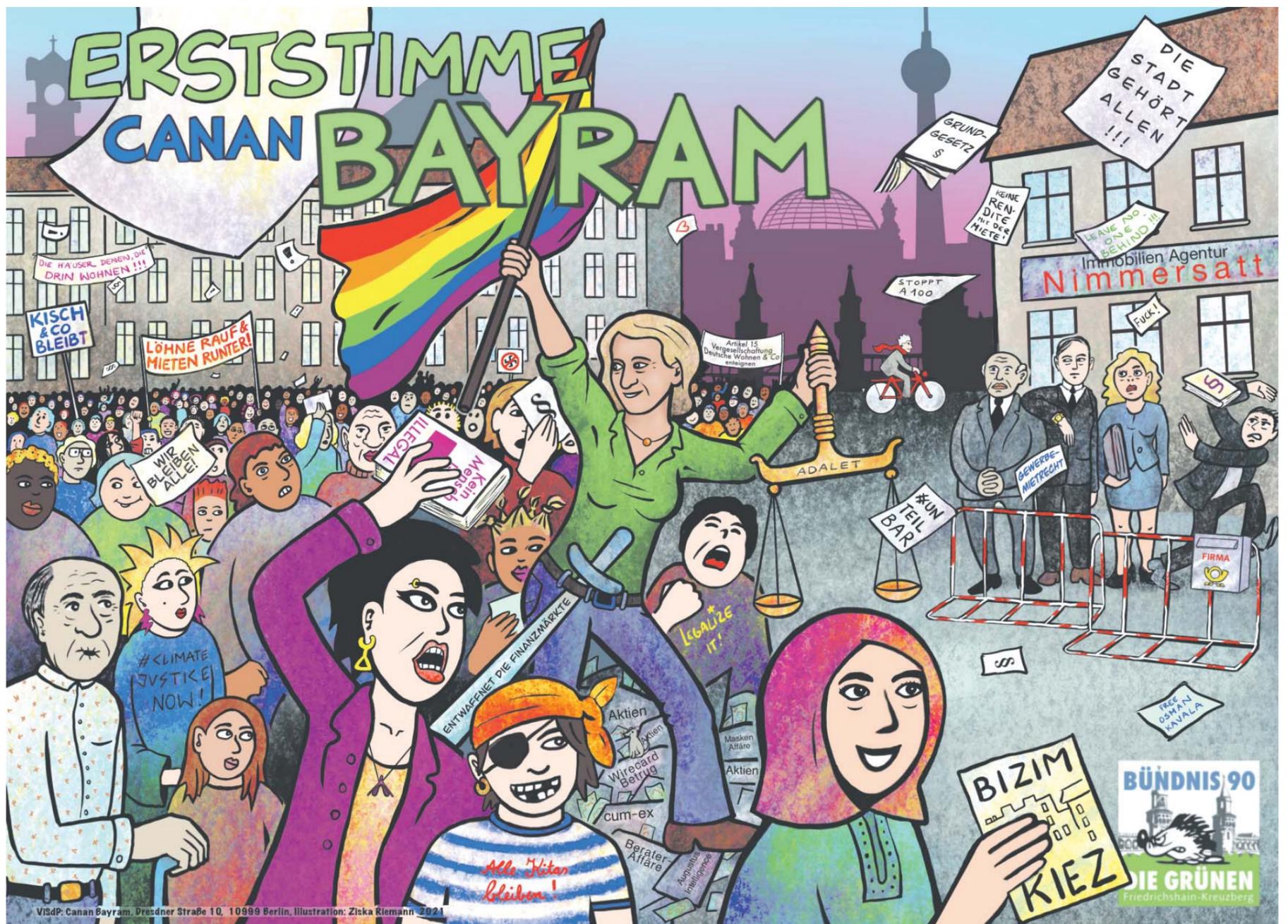
sungen zu finden gestaltet sich in der Realität aber leider oftmals schwieriger als sie klingen. Es gilt geltendes Recht, politische Differenzen aus komplett unterschiedlichen Weltbildern und genauso einen eigenen politischen Anspruch nach einer gerechteren, sozialeren und friedlicheren Welt in Handlungen umzusetzen. Wir versuchen dies zumindest immer wieder aufs Neue.

### (Auf)Geräumte Stadt?

Was ist, wenn das letzte Haus geräumt ist? Haben wir dann den lang ersehnten politischen Frieden? Ein Frieden bestehend aus Hochglanzfassaden und Wohnungen für wenige und nicht mehr für Künstler\*innen, Punks und irgendwann auch nicht mehr für die Hipster? Wenn nicht die Nachbarschaft entscheidet, was in den Kiezen geschieht, aber dafür Hedgefonds und Briefkastenfirmen noch mehr und größere Ziffern in Bilanzen stehen haben. Sprechen wir dann von Freiheit und Vielfalt? Dann mag zwar Rio Reiser noch erklingen, aber sein Ruf wohl schnell verhallen. Und wäre das dann noch unser Xhain?

■ Werner Heck, Bezirksverordneter

■ Vasilii Franco, Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss



## Die Zukunft wartet nicht

Grüner Wind of Change ins Rote Rathaus

Das Ende einer Legislatur gleicht dem Endspurt beim Marathon. Alle Kräfte werden mobilisiert, um noch einmal richtig Strecke zu machen. Im letzten Plenum vor der Sommerpause haben wir so noch wegweisende Projekte verabschiedet. Das Stromnetz ist jetzt wieder ein Berliner, die Solarpflicht wird die Stadt zum Strahlen bringen und mit dem bundesweit weitreichendsten Lobbyregister machen wir Politik endlich transparenter und verhindern den nächsten Maskenskandal – zumindest in Berlin.

Das zeigt: Trotz Wahlkampf bleibt Rot-Rot-Grün handlungsfähig bis zum Schluss.

Aber die mühsamen Verhandlungen der letzten Wochen zeigen auch: Berlin muss endlich durchstarten – ob beim Mobilitätsgesetz oder beim Klimapaket. Denn die kommenden Herausforderungen sind zu groß für kleinkarierte Politik.

Allen voran die Klimakrise. Rekordtemperaturen, Waldbrände, Überschwemmungen, Ernteausfälle und Hitzetote in Kanada zeigen, dass sie uns schon morgen mit voller Wucht treffen kann. Deshalb muss die klimaneutrale Stadt zur Cheffinnsache werden. Und dafür braucht es eine grüne Bürgermeisterin Bettina Jarasch und starke Bündnisgrüne für Berlin

und den Bund. Denn wir machen Schluss mit einer Politik der angezogenen Handbremse.

Dazu ein Beispiel: Weil wir jetzt mit einer Grünbauoffensive richtig aufforsten müssen, geben wir mit 60 Millionen Euro im Doppelhaushalt 20/21 so viel Geld für unsere Stadtnatur aus wie keine Koalition zuvor. Aber das wird nicht reichen. Deshalb setzen wir uns für eine Charta Stadtgrün ein, eine Selbstverpflichtung des Landes samt Handlungsprogramm, um unser Grün zu schützen und auszubauen. Der Beschluss dieser wichtigen Gesetze wird aber immer weiter in der Koalition blockiert. Das ist nicht nur ärgerlich, sondern sogar gefährlich. Denn nur wenn wir jetzt in sie investieren, können unsere Parks und Wälder die Kältezentren der Zukunft sein.

Und wir müssen nicht nur verteidigen, was wir in den letzten 5 Jahren erreicht haben, sondern weiter für eine Neuverteilung des Straßenraums, die Energiewende oder den Schutz von Mieter\*innen kämpfen.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Deshalb heißt es noch mehr Voll-dampf und die Prozesse beschleunigen. Dafür brauchen wir frischen Wind im Roten Rathaus und eine Verwaltung, die nicht nur modern,

digital und divers ist, sondern vor allem effizienter, um den chronischen Personalmangel zu besiegen. Denn obwohl wir breit eingestellt haben, fehlen in den Bürgerämtern und der Pflege, in unseren Kitas und Schulen, noch immer Fachkräfte.

Unsere Koalition hat mutige Grundsatzentscheidungen getroffen. Wie das Mobilitätsgesetz, das den Anfang vom Ende der autogerechten Stadt einleitet. Nun braucht es auch den Mut für die zweite Welle. Wir wollen den Weg weitergehen, den unsere Koalition eingeschlagen hat. Aber das Tempo in der nächsten Legislatur wollen wir vorgeben. Denn nur mit uns schafft Berlin die sozial-ökologische Transformation.

Dafür wollen wir die nächste Regierung anführen. Denn egal ob Klimaschutz, offene Gesellschaft oder Verkehrswende – nur mit uns treffen Mut, Kreativität und die richtigen Konzepte zusammen, die es braucht, um Berlin fit für die Zukunft zu machen.

Berlin zukunftsfest machen? Klar geht das! Aber nur mit starken Bündnisgrünen.

■ Antje Kapek,  
Fraktionsvorsitzende  
im Abgeordnetenhaus

## Und plötzlich sind sie alle grün ...

| Ein Kommentar

Da reibt man sich verwundert die Augen: Geht da doch was? Klar, die Auswirkungen der Klimakrise werden immer bedrohlicher. Temperaturen erreichen nie dagewesene Rekorde, Wälder brennen, Flüsse treten über die Ufer und überfluten ganze Dörfer. Und plötzlich verkündet die EU beschleunigte Klimaschutzziele. Tadellos und artig vorgetragen von Kommissionspräsidentin Von der Leyen. Und auch CDU-Bewerber Laschet mischt mit, als hätte er noch nie etwas anderes gesagt, während sein bayerischer Konkurrent Söder mittlerweile sogar das Wort „Biodiversität“ flüssig über die Lippen bringt. Was ist da los? Selbst die industrielle Landwirtschaft – bislang eine heilige Kuh der CDU (der in Wahrheit geschundenen Kühe) – scheint dort zur Disposition zu stehen.

Aber Vorsicht! Müllvermeidung – Kreislaufwirtschaft – Konsumverzicht – wie soll das gehen mit einem auf Wachstum und Gewinnmaximierung getrimmten Turbo-Kapitalismus? Das kann nicht funktionieren. Wohlstand wird weltweit immer noch nahezu ausschließlich am BIP gemessen. In der klassischen Ökonomie, wie sie die CDU und alle Wirtschaftsliberalen vertreten, ist Wachstum ein festes Ziel und die Frage nach dem Glück des Menschen ist damit ein mathematisch fassbares Maximierungsproblem. Diese Leute sind seit 16 Jahren im Bund in wechselnden Koalitionen in der Verantwortung, meist mit der SPD, mal mit der FDP. Ihnen haben wir die immer monströseren und gefräßigeren SUVs zu verdanken, die unsere Straßen verstopfen und verpestern und in den meisten Fällen nur die unbeholfene Fahrer\*in transportieren. Sie haben den Ausbau der erneuerbaren Energien verschleppt und sich erfolgreich gegen eine Agrar-Wende gewehrt. Sie haben bei uns vor der Haustür die A100 ausgebaut und sich gegen eine effiziente CO<sub>2</sub>-Bepreisung gestemmt. Und diese Leute sollen wir nun als Retter\*innen berufen für eine Krise, die sie selbst mit zu verantworten haben? Das wird nix. Finger weg von schwarz-grün, wir dürfen diesem bisschen grüner Tünche nicht trauen. Wer den Wandel will – und wir wissen sehr genau, dass wir noch längst nicht alle überzeugen konnten – wer wirklich will, dass wir den Klimawandel stoppen, in einem Wort: Wer grün will – der muss auch grün wählen!

■ Henry Arnold

# Am 26. September

5 Stimmen  
Grün!

